№ 135. Morgenblatt.

Dienstag, 22. März.

Die „Volks-Zeitung" erscheint täglich zwei Mal — Morgens und Abends — mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen.
Redaktion: W., Lützowstraße 105.
Chef-Redakteur: Karl Vollrath in Berlin.

Expeditions-Stellen: W., Lützowstraße 105. W., Krausenstraße 46. O., Gr. Frankfurter Str. 67.

Druck und Verlag: „Gutenberg", Druckerei und Verlag, Aktien-Gesellschaft, Berlin W., Lützowstraße 105.

Volks-Zeitung.

Organ für Jedermann aus dem Volke.

Gratis-Beilage: „Illustrirtes Sonntagsblatt."

Berlin.
1898. — 46. Jahrgang.

Abonnementspreis für Berlin:
Vierteljährlich incl. Botenlohn 4 Mark — Pf.
Monatlich „ „ 1 „ 35 „
Wöchentlich „ „ — „ 35 „
Beim Selbstabholen aus der Expedition: Quart. 3,25 Mk., Monat 1,10 Mk., Woche 30 Pf.
Bei allen Postanstalten: in Preußen, ganz Deutschland und Oesterreich pro Quartal 4,50 Mark, pro Monat 1,50 Mark, dritte Monat 1,50 Mark.
Einzelne Nummer: 10 Pfennig.

Insertionsgebühr: Für die gewöhnliche Zeile 40 Pfennig.

Aus der Chronik des Jahres 1848.

22. März.

In **Berlin** werden unter Teilnahme aller Bevölkerungsklassen die Todten des 18. März begraben. Auf dem Gendarmenmarkt waren die Leichen aufgebahrt. An dem Zuge, der sich durch die Charlottenstraße, über die Linden, beim Schloß vorbei, durch die Königstraße nach dem Begräbnißplatz vor dem Landsbergertor bewegte, haben mehr als hunderttausend Menschen Teil genommen. Die Särge wurden von je sechs Männern getragen. Dahinter kam die Geistlichkeit Berlins mit den Hinterbliebenen der Gefallenen, die Universität im vollen Ornat, der Magistrat, Abordnungen anderer preußischer Städte, die Fabrikarbeiter, Bürgerwehr und viele andere Gruppen. Auf einem Balkon des Schlosses stand der König, von Ministern und Generälen umgeben, und ließ entblößten Hauptes den vier Stunden langen Zug vorbei passiren. Das Massengrab im Friedrichshain war von den Mitkämpfern der Gefallenen aufgeworfen worden. — Vom 22. ist auch eine Proklamation des Königs datirt, in der er versprach, dem Landtage ein volkstümliches Wahlgesetz mit Urwahlen vorzulegen. Der neuen Volksvertretung wurden ferner Vorschläge in Aussicht gestellt über Sicherstellung der persönlichen Freiheit, freies Vereins- und Versammlungsrecht, eine allgemeine Bürgerwehrverfassung mit freier Führerwahl, Ministerverantwortlichkeit, Einführung von Schwurgerichten für politische und Pressvergehen, Unabhängigkeit des Richterstandes, Aufhebung des eximirten Gerichtsstandes. Außerdem sollte das stehende Heer auf die neue Verfassung vereidigt werden. Schon am Tage vorher war eine Kabinetsordre ergangen, daß die Armee neben der preußischen auch die deutsche Kokarde zu tragen habe.

Es verdient noch erwähnt zu werden, daß in der Grabrede für die Gefallenen der Prediger Sydow des Denkmals gedachte, das einst inmitten der Opfer der Märztage erstehen werde. Herr Sydow konnte nicht ahnen, daß dieser Stein selbst 50 Jahre nach dem Tode der Märzkämpfer noch nicht errichtet sein würde. Es fehlte ihm das prophetische Gemüt, um einen Magistrat voraus zu ahnen, an dessen Spitze ein Oberbürgermeister Namens Zelle stehen würde. Herr Prediger Sydow sprach zum Begräbniß der Märzgefallenen Folgendes:

„Wofür unsere Väter in den großen Kriegen um unsere Freiheit gestritten haben, was mehr oder weniger durch die Unbill der Herrscher und durch die Ungunst der Zeiten uns vorenthalten und verkümmert worden, es ist jetzt errungen, daß wir es bewachen, daß wir es nicht von Neuem verlieren, daß wir es nun ordnungsmäßig ausgestalten. Ehre jedem Stande und jeder gerechten Forderung gerechte Rücksicht. Das sind die Früchte, die dieses vielbeweinte Saamenkorn bringen wird, das wir hier in diese weitklaffende Furche unserer freien, vaterländischen Erde einsenken. In dem Denkstein, der diese Stätte zieren wird, welche die Gebeine der Märtyrer unserer Freiheiten und Rechte umschließt, wird eine Seele heiliger Erinnerung wohnen. Künftige Geschlechter sollen zu ihm pilgern und er wird ihnen von den großen Zeichen berichten, die Gott der Herr in diesen schweren Zeiten getan, und er wird Kindern und Kindeskindern zur Warnung und zur Lehre, zu Trost und stolzer Freude von den Leiden und Taten ihrer Väter und Mütter erzählen!"

•

Die **Schleswig-Holsteinische** Deputation trifft in Kopenhagen ein. Mittlerweile hatte die dänische Hauptstadt auch ihre „März-Ereignisse" gehabt und die dänischen Demokraten hatten die Absetzung des bisherigen Ministeriums durchgesetzt und die vollständige Einverleibung Schleswig-Holsteins in Dänemark verlangt. Der König empfing die deutsche Deputation und erklärte, der Präsident Scheel sei entlassen; im Uebrigen antwortete er ausweichend.

In **Hannover** werden die Aufhebung der Zensur, politische Amnestie und die übrigen Forderungen gewährt. Der Göttinger Polizeidirektor Heintze, der in die Studenten hatte einhauen lassen, wird seines Amtes enthoben. Auf dem Lande kam es in der Folge noch mehrfach zu Unruhen.

•

Italien. Auch in Venedig war auf die Nachrichten aus Wien und Mailand der Aufruhr ausgebrochen. Der alte General Zichy, der die Lagunenstadt nicht bombardiren lassen wollte, verließ mit den deutschen Truppen die Stadt. Die österreichischen Kriegsschiffe und die sonstigen Kriegsvorräte fielen der eingesetzten provisorischen republikanischen Regierung zu. — Auch viele andere Städte des norditalienischen Aufstands-Gebietes gingen den Oesterreichern verloren. Es kam jetzt für Radetzky vor Allem darauf an, um eine Verbindung mit Wien aufrechtzuerhalten, die Festungen Verona und Mantua zu behaupten. Er schickte seine besten Truppen nach diesen Plätzen. Die österreichische Armee zog sich in ziemlich desolatem Zustande bei Verona zusammen. Nur die Hälfte der ursprünglichen Kriegsmacht war übrig geblieben. Die fehlenden Truppen waren teils zum Volk übergegangen, teils waren einzelne Abteilungen von der Hauptarmee abgeschnitten.

Großschifffahrtsweg Berlin-Stettin.

(Unberechtigter Abdruck untersagt.)

Neben dem bisher allein in's Auge gefaßten Projekt der Verbesserung des Finow-Kanals von der Havel zur Oder, das wir vor einiger Zeit in Bild und Wort illustrirt haben, ist in letzter Zeit ein anderes, im Süden und Osten von Berlin die Verbindung beider Flußläufe erstrebendes Projekt aufgetaucht, welches warme Befürwortung findet. Auch dies ist sowohl seiner Anlage als auch seiner Lage nach von großem Interesse, weshalb wir in unserem Kartenbilde eine Darstellung des Projektes geben, die gleichzeitig einen Vergleich mit dem Finow-Kanalprojekt ermöglicht.

Anfänglich war in der Frage der Herstellung eines Großschifffahrtsweges Berlin-Stettin nur davon die Rede gewesen, daß die von der Oder abzuzweigende Wasserstraße in der Richtung des alten Finowkanales auf den Westen von Berlin zugeführt würde. Man hoffte, durch teilweise Benutzung der alten Wasserstraße die Herstellungskosten wesentlich einschränken

Das Fräulein von Roquemaure.

Roman von Gräfin Castellana Acquaviva.

[7

Eines Abends blieb Frau v. Roquemaure, von ihrer Kur angegriffen, zu Hause, und Sybille, welche die wunderbare Schönheit des Abends dazu verleitete, war vor die Tür getreten und hatte sich auf einer der Bänke, die vor dem Eingange standen, niedergelassen. Der Platz war öde und verlassen; sogar die Bäuerinnen am Brunnen waren verschwunden, da die Stunde, in welcher die letzten Kurgäste zu trinken pflegten, längst vorüber war und selbst alle verspäteten Spaziergänger dem Konzertsaale zudrängten. Eine leichte Brise fuhr, einem Seufzer gleich, durch die Wipfel der Platanen und bewegte deren große Blätter, welche wie dunkle Fächer aussahen; zwischen diesem beinahe schwarzen Geäst blickte zuweilen aus einer Lichtung der tiefblaue, gestirnte Himmel hervor, während der Neumond seinen silbernen Glanz über die weiter weststehenden Bäume warf.

Sybille hatte, als sie vor das Haus trat, das Gefühl gehabt, daß ein unklares Empfinden von Trauer sie bewege; die feierliche Ruhe, welche aber auf Allem lag, kam schließlich auch über sie, und vertrauensseliger denn bisher, wagte sie in die Zukunft zu blicken, welche ihr in den letzten Tagen in düsteren Farben erschienen war. Die Jugend hat derlei plötzliche Metamorphosen, welche gleichzeitig ihre Qual, ihr Glück und ihre Kraft ausmachen.

„Fräulein von Roquemaure!"

Sie war in ihre Träume so vertieft gewesen, daß sie es nicht gehört hatte, wie Schritte nahten, die ihr Ohr unter allen anderen zu erkennen schon gewöhnt war; vielleicht waren ihre Gedanken Demjenigen so nahe, der dieselben unterbrach, daß sie sich kaum überrascht fühlte, ihn plötzlich in ihrer Nähe zu sehen.

Er blieb einige Schritte von ihr entfernt stehen, seine elegante und geschmeidige Gestalt hob sich von dem hinter ihm liegenden Lichte grell ab.

„Es hat sich nichts zugetragen, nicht wahr? Sie fühlen sich wohl?" frug Severn, auf Sybille zutretend. „Ich habe Sie heute Nachmittags im Park, Abends im Concert gesucht, und da ich Sie nirgends fand, fürchtete ich . . ."

„Was denn?" fragte sie mit ihrer glockenhellen, leise zitternden Stimme.

„Ich weiß eigentlich nicht, was — vielleicht, daß Sie leidend seien; man überlegt bei gewissen Eindrücken nicht und so bin ich denn gekommen; ich habe nicht erwartet, Sie hier ganz allein, einer Geistererscheinung gleich, inmitten dieses Schattens zu finden; was bedeutet das?"

„Mein Gott, gar nichts Außergewöhnliches. Mama fühlte sich heute Abend zu ermüdet, um auszugehen — sie schlummert auf der Chaiselongue und meine Einsamkeit und die Finsterniß benützend, bin ich herausgetreten, um ein wenig Luft zu schöpfen; auch ich habe nicht erwartet, Sie hier zu sehen!"

Er sah diese Worte demütig als einen wohlverdienten Vorwurf an, während des Sprechens hatte er das Knie auf den Rand der Bank gestützt, auf welcher Sybille saß; er blickte sie mit einem Ausdruck von Zärtlichkeit an, welche ihr Herz höher hätte schlagen lassen, wenn das abendliche Dunkel es ihr nicht unmöglich gemacht hätte, jene braunen Augen anzusehen, die für sie eine so furchtbare Beredtsamkeit hatten.

„Welch göttlicher Abend — und wie man es hier gut hat!"

„Sprechen Sie vergleichsmäßig?" fragte das junge Mädchen boshaft.

„Ja, Sie haben es erraten; wenn ich diese launenhaften, übermütigen, leichtsinnigen Frauen verlasse, deren kleinliche Leidenschaften ich genau zu beobachten Gelegenheit habe, bin ich mehr als je von Ihrer anbetungswerten Sanftmut durchdrungen, von jener ruhigen Selbstbeherrschung, die Ihrer Anmut so viel Würde verleiht, von der Gleichmäßigkeit Ihres Charakters, der stets zurückhaltend ist und doch viel mehr verrät, als die lärmende Heiterkeit einer zweifelhaften Geschmacksrichtung. Welcher Unterschied — o, mein Gott!"

Er ließ sich an Sybillens Seite auf die Bank niedersinken und stützte mit einer Geberde unendlicher Müdigkeit die Stirne auf die Hand.

„Wie Sie die Damen heute strenge beurteilen — ich meinerseits schulde ihnen eigentlich Dankbarkeit, den sie verschaffen mir den Triumph von Vergleichen, welche für mich sehr schmeichelhaft sind; aber was haben jene Damen Ihnen denn angetan, daß Sie sich veranlaßt sehen, mir plötzlich so vertrauliche Mitteilungen zu machen?"

„Was sie mir angetan haben? Ach, wenn Sie wüßten! — Aber nein, jene Damen verdienen nicht, daß Sie sich mit ihnen befassen; ich bin der Gesellschaft müde, die so wenig an die Ihre erinnert; ihre Ansprüche, ihre Zornesausbrüche, ihre lächerlichen Forderungen verdrießen mich — doch, nicht um zu klagen bin ich hieher gekommen, sondern vor Allem, um Sie zu sehen und schließlich, um Ihnen zu sagen, daß der vielbesprochene Ball im Hotel de Paris endlich, und zwar nicht ohne große Mühe, organisirt ist; daß Lorges, Herr v. Etoile, ich und noch ein anderer Herr die Arrangeure sind, daß das Fest Montag stattfindet und die Einladungen morgen schon ausgegeben werden. Sie haben versprochen, zu kommen, und ich bin hier, um Sie an dieses Versprechen zu erinnern.

„Im feindlichen Lager also soll die vornehme Welt von Vichy unser offizielles Debut erleben?"

Raoul machte eine jähe Bewegung und erröthete, vom Dunkel der Nacht geschützt, heftig.

„Weshalb sagen Sie im feindlichen Lager?" bemerkte er.

„Mein Gott, weil wir außerhalb Ihrer lärmenden Vergnügungen existiren, müssen Sie nicht glauben, daß gewisse, sehr bedeutsame Symptome uns entgehen; trotz der erhabenen Atmosphäre, in welcher wir, wie die Welt sich einbildet, schweben, gleich zwei Adlern, die einem kreischenden Spatzenschwarm zusehen, ist es ganz unmöglich, daß wir nicht zuweilen die kleinen feindseligen Machinationen bemerken, welche man gegen uns in Szene setzt, die aber, Sie mögen es mir glauben, sehr wenig unsere Ruhe beeinflussen. Auf der Promenade, im Konzert, kurzum überall, wo wir uns zeigen, haben wir das die Grenzen der Höflichkeit außer Acht lassende Geflüster sehr wohl gemerkt, welches uns von gewissen Gruppen aus folgte; wir sahen auch die wenig wohlwollenden Blicke, welche man für uns gehabt. Was haben jene Leute, die uns zumeist nur vom Sehen kennen, für Ursache, sich so zu benehmen? Ich weiß es nicht und ich will mich auch gar nicht mit dieser Frage befassen; aber ich muß Ihnen gestehen, daß, wenn ich auch in vollkommenster Gleichgiltigkeit verharre, Mama sich verletzt fühlt und viel empfindlicher ist; ich zweifle daher, daß, wenn sie auch eingewilligt hat, einen Ball zu besuchen, dies gerade derjenige des Hotel de Paris sein wird, in dem sich die Mehrzahl jener Leute befindet, welche gegen uns so geringe Aufmerksamkeit an den Tag gelegt hat."

Den eintretende Abonnenten erhalten den bereits erschienenen Teil dieses Romans auf Wunsch unentgeltlich nachgeliefert.

zu können und um so eher eine schleunige Inangriffnahme der Arbeiten zu erreichen, als eine Verbesserung der Fahrstraße bezw. Verbreiterung und Vertiefung des Finowkanales, wenn auch in beschränkterem Maßstabe, binnen Kurzem sowieso vorgenommen werden mußte.

Die neue Ostlinie geht, wie aus der Karte ersichtlich, oberhalb des Müggelseees ab in nordöstlicher Richtung (s. d. Spree-Oder-Kanal in unserer Zeichnung) nach Kienitz an der Oder, kurz vorher einen linken Seitenkanal über Wriezen und Freienwalde abzweigend nach der unteren Oder (Schwedt).

Vermittelst einer hydraulichen Hebung und einer geneigten Ebene wird der Landrücken zwischen Spree und Oder überschritten, über die betreffenden Höhenunterschiede unterrichtet die Zeichnung des Längenprofils im unteren Teile der Karte.

Der Verlauf der Ostlinie ist in unserer Karte genau dargestellt und in der Signatur deutlich zu erkennen. Mit gebrochener Strichlinie ist das bisherige Projekt der Verbesserung des Finowkanals dargestellt, neben dem auch noch das Contag'sche Projekt vermerkt ist.

Die Zeichnung des Längenprofils im unteren Teile unserer Karte enthält eine Darstellung des Finowkanals in seiner gegenwärtigen Gestalt mit seinen zahlreichen Schleusentreppen. Aus dieser Zusammenstellung geht der bedeutende Fortschritt augenfällig hervor, der durch Herstellung eines Großschiffahrtsweges in moderner Art, mit möglichster Vermeidung von Schleusen, für den Kanalverkehr geboten wird.

Die Einmündung des Kanals im Osten von Berlin, wo vorzugsweise die Großindustrie vertreten ist, gestattet hier nach der Meinung der Befürworter dieses Projekts besser die entsprechenden Hafenanlagen zu machen, als dies im Berliner Westen der Fall sein würde. Eine Verbindung der Ostlinie mit der Havel bei Potsdam würde durch den Bau des (auf unserer Karte ebenfalls enthaltenen) Teltowkanals bewirkt werden, also auch für den durchgehenden Verkehr in zweckentsprechender Weise Sorge getragen sein.

Fachmänner behaupten, daß die östliche Linie nicht teurer zu bauen sein wird, als die projektirte westliche. Der Import und Export über Stettin sei jetzt so gut wie unmöglich und dürfte nur durch Verbilligung der Gebühren des Nord-Ostsee-Kanals möglich sein. Durch die Eröffnung des Elbe-Trave-Kanals werde Stettin auch einen Teil des nördlichen Verkehrs verlieren, da der Weg nach Hamburg durch diesen Kanal um 22 Kilometer verkürzt wird. Deshalb sei für Stettin nötig, sich die obere Elbe zu sichern, aus welchem Grunde die östliche Linie für Stettin sehr wertvoll sein würde, da ein Kanal Oberspree-Riesa dann die direkteste Linie Stettin-Riesa bilden würde. Der Teltower Kanal würde wahrscheinlich von dem Kreise Teltow erbaut werden; er würde bedeutend leistungsfähiger werden, wenn er nicht blos den Breslauer, sondern auch den Stettiner Verkehr aufnehmen könnte. In diesem Falle dürfte nach drei Jahren auf eine wirkliche Verzinsung zu rechnen sein. — So die Argumentation der Freunde des neuen Projekts. Wir überlassen es einstweilen den Fachmännern und Interessenten, die Frage der Ueberlegenheit des einen über das andere Projekt zu entscheiden, wollen aber jedenfalls durch unser Bild die Orientirung über die wichtige Frage erleichtern.

Berlin, 22. März 1898.

Die Gefährdung des Petitionsrechtes der Beamten wurde gestern im Reichstage sehr energisch behandelt. Es wurde festgestellt, daß die Regierung sich die Unterschriften aller Petitionen zustellen läßt. Leider unterließen es die Volksvertreter anzufragen, welche Behörde damit betraut ist, dies Material zu verarbeiten, das, wie der im Reichstag besprochene Fall lehrt, zur Maßregelung der Beamten benutzt wird. Ganz klein ist die Arbeit nicht, denn bei dem letzten Petitionssturm, der sich gegen die Umsturzvorlage richtete, sind mehrere Hunderttausend Unterschriften eingelaufen. Das Haus war, — natürlich mit Ausnahme der Konservativen! — der Ansicht, daß die bisherige Praxis ungehörig sei. Bei der dritten Beratung des Etats soll durch förmlichen Beschluss die Geheimhaltung der Namen in die Wege geleitet werden. Ganz leicht wird der Beschluss nicht auszuführen sein, es werden auch Ausnahmen eintreten, in denen der Name des Petenten nicht verschwiegen werden kann. Bei einem anderen Etatstitel wurde die Unterstützung der Invaliden, die den ursächlichen Zusammenhang ihrer Invalidität mit den Strapazen des Krieges nicht nachweisen können, gefordert. Auch die bessere Versorgung der Wittwen der Kriegsinvaliden wurde angeregt. Dabei hielten es die Parteien des neuen Kartells für ersprießlich, den alten Kohl einer Wehrsteuer wieder aufzuwärmen.

Im Abgeordnetenhause ging die Debatte über den Eisenbahnetat weiter. Man kam auf die Verhältnisse derjenigen Beamten zu sprechen, die schweren Dienst und wenig Gehalt haben. Die Abgeordneten **Brömel** und **Wetekamp** nahmen sich dieser Beamten gebührend an.

Von Neuem werden Gerüchte über den **Rücktritt der Minister Bosse und v. d. Recke** kolportirt. Es ist ja nicht zu leugnen, daß die mathematische Wahrscheinlichkeit für irgend eine Ministerkrisis spricht, da die letzte Krisis dieser Art für unsere Verhältnisse schon ziemlich lange her ist. Indessen warten wir's ab. Mögen die Personen wechseln. Das System bleibt dasselbe.

Zu lärmenden Scenen führte die gestrige Sitzung des östreichischen Abgeordnetenhauses, in welcher der erste Präsident gewählt wurde. Die Wahl erfolgte mit 195 Stimmen.

Es wurden 241 Stimmzettel, darunter 44 unbeschriebene, abgegeben. Die deutsche Volkspartei und die deutschen Sozialdemokraten enthielten sich der Wahl; der verfassungstreue Großgrundbesitz gab unbeschriebene Stimmzettel ab. Fuchs besteigt die Präsidententribune, wobei der antisemitische Abgeordnete von Schönerer ruft: „Unerhört! Fuchs hat dem früheren Präsidium angehört. **Er ist ein Staatsverbrecher und gehört ins Zuchthaus!**“ Diese Worte „Verbrecher“ „gehört ins Zuchthaus“ wiederholt Schönerer unzählige Male, während Fuchs seine Antrittsrede hält. Nach der Rede des Präsidenten Fuchs führten Namens der deutschen Fortschrittspartei Abgeordneter Pergelt, Namens der deutschen Volkspartei Abgeordneter Steinwender, Namens des verfassungstreuen Großgrundbesitzes Abgeordneter Tuerks und Namens der Christlich-Sozialen Lueger aus, daß die bekannte lex Falkenhayn betreffend Verschärfung der Geschäftsordnung rechtsungiltig sei. Die Abgeordneten Pergelt und Daszynski kündeten (wie bereits im Abendblatt in Aussicht gestellt. Red.) Anträge auf Versetzung des früheren Ministerpräsidenten Grafen Badeni in den Anklagezustand an. Abg. Wolf und Schönerer erklären sich gegen den Vorsitz des Abg. Fuchs als eines Mitgliedes des früheren Präsidiums. Abg. Schönerer beantragt, unter schallender Heiterkeit, der Abg. Fuchs solle als Staatsverbrecher angesehen werden. Für den Antrag erheben sich nur fünf Schönerianer.

Das Haus nahm sodann den Antrag Zedtwitz an, die Wahl der beiden Vizepräsidenten auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu stellen. — (Die Woche fängt gut an!)

Graf **Thun** gab hierauf folgende Erklärung ab:

„Durch die Gnade Sr. Majestät zum Ministerpräsidenten und Leiter des Ministeriums ernannt, habe ich die Ehre, mich und meine Kollegen dem Hause hiermit vorzustellen. Es sei mir sofort gestattet, das hohe Haus über die wichtigsten Zielpunkte zu orientiren, denen nachzustreben die Regierung den festen Willen hat. Die Regierung betrachtet die Wiederherstellung geordneter parlamentarischer Zustände und des regelmäßigen Ganges der Gesetzgebung als ihre erste und wichtigste politische Aufgabe, zumal im gegenwärtigen Augenblicke, wo die im Interesse der Machtstellung des Reiches und seiner wirtschaftlichen Festigung dringend gebotenen Vereinbarungen mit der andern Reichshälfte der parlamentarischen Austragung harren. Zur Lösung der Aufgabe appellirt die Regierung an Alle, denen das Ansehen des Reiches am Herzen liegt und die Bedeutung der parlamentarischen Formen teuer ist. Getreu den geschichtlichen Ueberlieferungen der österreichischen Monarchie, wird die Regierung bei der Führung der öffentlichen Geschäfte als obersten Grundsatz den der Gerechtigkeit gegenüber allen Volksstämmen und Bewohnern dieses Staates walten lassen. Diesen Grundsatz wird die Regierung, einstehend für Recht, Ordnung und Autorität, bei der Entscheidung aller Fragen, die politische oder wirtschaftliche Interessen oder Ansprüche betreffen, im verfassungsmäßigen Wege zur Anwendung und Geltung bringen. Nützliche soziale Reformen, Förderung kultureller Fortschritte, Hebung der materiellen und sittlichen Verhältnisse der Bevölkerung, namentlich der auf den Ertrag ihrer Arbeit angewiesenen breiten Schichten derselben, Unterstützung der Industrie und Landwirtschaft, liegen im Interesse der ganzen staatlichen Gemeinschaft und sollen daher die wirksamste Förderung durch die Regierung erfahren. Wie die Regierung ihre besten Kräfte zur Verwirklichung dieser Ziele einsetzen wird, so erwartet sie in Zuversicht, daß auf diesen Gebieten die Parteiunterschiede zurücktreten und alle Kräfte sich zum gemeinsamen Handeln im Dienste der wirtschaftlichen und damit der politischen Machtstellung des Staates vereinen werden. Vorbedingung für die Erfüllung dieser patriotischen Aufgabe ist die Milderung der nationalen Gegensätze, eine „Friedensaktion“, für die gerade dieses Jahr am besten berufen wäre. Das hohe Haus möge überzeugt sein, daß die Regierung, soweit es an ihr liegt, alles aufbieten wird, um zu diesem erhabenen Ziele zu gelangen. Die Regierung wendet sich im Namen Oestreichs vertrauensvoll an alle Parteien des hohen Hauses und hofft, daß sie, von patriotischem Geiste durchdrungen, die in einem gefährlichen Rückstande befindliche, zum Wohle des Ganzen und seiner Teile, unumgängliche Staatsarbeit zu leisten bereit sein werden.“ (Lebhafter Beifall.)

Nach dem Ministerpräsidenten Grafen Thun beantragte Abg. Steinwender, über die Erklärung des Ministerpräsidenten in der nächsten Sitzung die Debatte zu eröffnen. Der Antrag wurde einstimmig angenommen und die Sitzung geschlossen. An schönen Worten fehlt es dem Grafen Thun nicht. Aber schöne Worte machen's nicht, wenn man in einer Session die Sünden einer jahrzehntelangen Politik der Zersetzung und der Ungerechtigkeit gut machen will.

Versehen oder Verbrechen? Wie der „New York Herald“ aus Washington meldet, soll Präsident Mc Kinley positive Kenntniss davon besitzen, daß der Bericht der Kommission nachweise, **die Zerstörung der „Maine“ sei durch äußeren Einfluss erfolgt.** Es werde gegenwärtig eine Note über diesen Gegenstand an Spanien und eine Botschaft an den Kongress vorbereitet. Eine Depesche des „New York Herald“ aus Habana, welche über Key-West eingegangen ist, beschäftigt sich mit demselben Gegenstand und sagt, das erste offizielle Zeichen, daß die Explosion auf der „Maine“ durch einen äußeren Einfluss (also durch ein Verbrechen) hervorgerufen worden und die Kommission in diesem Sinne Beschluss gefasst habe, sei die Anweisung an den Kommandanten der „Maine“, Sigsbee, in den aktiven Dienst zurückzukehren. Wenn der Kommissionsbeschluss anders gelautet hätte, würde das bedeuten, daß Sigsbee vor ein Kriegsgericht gestellt werden müsse.

— Das „Reichs-Gesetzblatt“ veröffentlicht eine Bekanntmachung, betreffend Bestimmungen über den Geschäftsbetrieb der Auswanderungsunternehmer und Agenten, ferner eine Bekanntmachung, betreffend Vorschriften über Auswandererschiffe.

— Als „grober Unfug“ war in Schkeuditz ein **Verstoß gegen die Kleiderordnung** des Bürgermeisters vom Schöffengericht geahndet worden. Nach dieser Verordnung sollten die Bürger von Schkeuditz am Sonntag nur in guter Kleidung auf der Straße zu erscheinen. Der Geschäftsführer Engelmann hatte sich gegen diese Kleiderverordnug vergangen, indem er am Sonntag im Arbeitsanzug über die Straße ging, und war deshalb vom Schkeuditzer Schöffengericht „wegen Verübung groben Unfugs“ zu einer Geldstrafe von 3 M. oder einem Tag Haft verurteilt worden. Auf die gegen dies Urteil eingelegte Berufung wurde Engelmann jetzt vom Landgericht freigesprochen, da das Gericht in der Handlung „nur ein mangelhaftes Schamgefühl“, aber keinen Unfug erblickte. — Also lex Heinze!

— In **Insterburg** fand am Sonntag ein Parteitag der **Freisinnigen Volkspartei** für die Provinz Ostpreußen statt. Zu den Verhandlungen waren aus fast sämmtlichen Wahlkreisen Ostpreußens ca. 80 Delegirte erschienen. Den Hauptgegenstand der Tagesordnung bildete eine eingehende Besprechung über die bevorstehenden Reichstagswahlen. Bei dieser Gelegenheit wurden auf Grund der vorhergegangenen Verhandlungen in den einzelnen Wahlkreisen selbst folgende Kandidaturen proklamirt: für Memel-Heydekrug: Kaufmann **Ancker** in Ruß, für Labiau-Wehlau: Rechtsanwalt **Rother** in Breslau, für Königsberg (Stadt): Dr. **Krieger**, Direktor der Beleuchtungswerke und Straßenbahnen in Königsberg, für Königsberg (Land): Besitzer **Knieschewsky** in Schalben (Landkreis Königsberg), für Rastenburg-Gerdauen-Friedland: Guts- und Brauereibesitzer **Engelbrecht** in Bartenstein, für Tilsit-Niederung: Gutsbesitzer **Braesicke** in Eszeruppen, für Angerburg-Lötzen: Landschaftsrat **Scott**, Gronden, für Oletzko-Lyck-Johannisburg: Gutsbesitzer **Opitz** in Schedlisken.

Kiel, 21. März. Die Kaiserin Friedrich traf heute Nachmittag hier ein und fuhr mit der Prinzessin Heinrich alsbald in das Schloss.

Wien, 21. März. Die „Neue Freie Presse“ meldet aus Prag: Der akademische Senat der deutschen Universität zog in Folge der nunmehr geänderten Sachlage und mit Rücksicht auf das Bedürfniss nach schleunigster Ordnung der Verhältnisse der Universität seine Resignation vom 22. d. J. zurück.

Bei den heutigen Ergänzungswahlen zum Gemeinderathe im dritten Wahlkörper des ersten und achten Wiener Bezirkes wurden die beiden antisemitischen Kandidaten gewählt. Das Parteiverhältniss ist dadurch nicht geändert.

Budapest, 21. März. Abgeordnetenhaus. Der Ministerpräsident Baron **Banffy** stellt den Antrag auf Wahl des Quotenausschusses. Die Wahl von zehn Mitgliedern dieses Ausschusses wird auf Mittwoch anberaumt.

Paris, 21. März. Heute Vormittag hat in Cherbourg und Brest die probeweise Mobilmachung des Nordgeschwaders begonnen. In beiden Häfen herrscht lebhafte Tätigkeit.

Deutscher Reichstag.

67. Sitzung vom 21. März.

Eröffnung 12 Uhr.

Die zweite Lesung des Etats wird bei dem vom Etat des Reichsamts des Innern übriggebliebenen Titel „Bau eines Präsidialgebäudes“ zweite Rate 300 000 M. fortgesetzt.

Der Titel wird bewilligt.

Zum **Etat des allgemeinen Pensionsfonds** beantragt die Kommission die Annahme folgender Resolution: Den Reichskanzler zu ersuchen, über die Gründe der auffallenden Zunahme und Ungleichheit der in den einzelnen Kontingenten gewährten Invalidenpensionen dem Reichstag eine nähere Darlegung zugehen zu lassen.

Abg. **Müller**-Fulda (Ztr.) berichtet über die Kommissionsverhandlungen und empfiehlt die Annahme der Resolution.

Generalleutnant **v. Viebahn** erklärt die Bereitwilligkeit der Regierung, Auskunft zu erteilen. Die Militärverwaltung verfahre bei Pensionirungen ganz nach dem Gesetze. Die Anforderungen an die Leistungsfähigkeit der Unteroffiziere und Mannschaften haben sich gesteigert; es ist eine Anspannung aller Kräfte geboten, in Folge dessen tritt eine frühere Abnutzung ein.

Abg. **Gröber** (Ztr.) hält die Steigerung der Invalidisirung der Mannschaften bis zum Feldwebel für sehr auffallend und eine Klarstellung der Gründe hierfür für dringend notwendig.

Sächsischer Bundesratsbevollmächtigter Graf **Vitztum v. Eckstädt** sagt zu, daß seitens der sächsischen Regierung das in der Resolution gewünschte Material werde beigebracht werden.

Abg. **v. Massow** (kons.) führt die vorzeitige Abnutzung der Unteroffiziere auf die zweijährige Dienstzeit zurück.

Die Resolution wird angenommen und der Etat genehmigt.

Zum **Etat des Reichsinvalidenfonds** hat die Kommission gleichfalls eine Resolution beantragt: „Den Reichskanzler zu ersuchen, die Mittel, welche zur Gewährung der Beihilfen von 120 M. an alle, nach dem Gesetz vom 22. Mai 1895 Art. III als Anwärter anerkannten Veteranen fehlen, durch einen Nachtragsetat für das Rechnungsjahr 1898 nachzufordern.“

Abg. Graf **Oriola** (nl.) beantragt folgende Resolution: „Den Reichskanzler zu ersuchen, dem Reichstag baldthunlichst einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen unter Berücksichtigung der gesteigerten Kosten der Lebenshaltung den berechtigten Wünschen des Militärinvaliden, insbesondere auch in Bezug auf die Versorgung der Wittwen und Waisen die Entschädigung für Nichtbenutzung des Civilversorgungsscheines und die Belassung der Militärpension neben dem Civildiensteinkommen resp. der Zivilpension, Rechnung getragen wird.

Berichterstatter Abg. **Müller**-Fulda (Ztr.) befürwortet die Annahme der Resolution, es liege tatsächlich eine Notlage vor; der Etat weise eine Minderausgabe von 447 000 Mk. gegen das Vorjahr auf.

Abg. Graf **Oriola** (nat.-lib.) befürwortet seine Resolution. Es giebt keinen vernünftigen Grund, einzelne der alten Kämpfer von den Wohltaten der Pension auszuschließen. Redner führt einzelne Fälle an, in denen die Gesuche „für absehbare Zeit“ abgelehnt wurden, weil es an Mitteln fehle. Wenn man die Beamtengehälter mit Rücksicht auf die gesteigerte Lebenshaltung erhöht hat, sollte man das Gleiche auch den armen Krüppeln zu Teil werden lassen, die im Dienste des Vaterlandes geblutet haben. Andere Länder, z. B. Frankreich, zahlen ihren Kriegsinvaliden und deren Hinterbliebenen viel mehr. Der Kriegsminister behandelt ja die Sache wohlwollend. Möge auch der Schatzsekretär das Seinige tun. Wenn die vorhandenen Mittel dazu nicht ausreichen, dann muss nach neuen Einnahmequellen gesucht werden. Die Wehrsteuer wird durchaus nicht von allen Regierungen abgelehnt. Jedenfalls muss etwas geschehen, um die bedrängte Lage der Invaliden zu bessern.

Abg. **Baumbach** (Rpt.) meint, daß es jetzt nach 27 Jahren endlich Zeit sei, für die Kriegsinvaliden zu sorgen. Ganz besonders liege ihm die Fürsorge für die Wittwen am Herzen. Es sei eine Ehrenpflicht des Reiches, für die alten Krieger und deren Wittwen und Waisen, die immer hinfälliger werden, ausreichend zu sorgen, damit sie es nicht nötig haben, betteln zu gehen. Allerdings sei die Zahl derselben so groß, daß man nur eine Auswahl der Bedürftigeren treffen könne. Der Gedanke der Reichswehrsteuer sei durchaus nicht zu verwerfen; im Gegenteil werde seine Ausführung wenigstens einige Mittel schaffen, um die Lage der Invaliden zu verbessern.

Abg. **Werner** (Antis.) beschwert sich darüber, daß man in einem Kreise des Regierungsbezirks Kassel keinem einzigen Veteranen die Kriegszulage von 120 Mk. aus Mangel an Mitteln bewilligt habe. Mangel an Geld dürfe man hier nicht vorschützen. Die progressive Wehrsteuer dürfe man nicht aus den Augen lassen.

Abg. Graf **Roon** (kons.) warnt davor, daß man sich durch die vielfach berechtigten Klagen dazu verführen lasse, anzunehmen, daß die Unzufriedenheit in diesen Kreisen durchaus berechtigt sei; es sind auch sehr große Uebertreibungen dabei. Vergesse man nicht, daß die Veteranen der Freiheitskriege sich mit einem Gnadenthaler begnügen mussten. Um wie viel besser haben es die Veteranen der letzten Kriege gehabt! Die Zinsen des Invalidenfonds reichen vollkommen aus, den Bedürfnissen zu genügen, auch den hinzugetretenen.

Abg. **Fritzen** (Ztr.) bestätigt, daß in den Kreisen der verabschiedeten Subalternoffiziere und deren Wittwen große Not herrsche, und empfiehlt deshalb die Annahme der beiden Resolutionen in der Voraussetzung, daß nur die berechtigten Wünsche berücksichtigt werden. Dagegen würde sich das Centrum auf eine Wehrsteuer nicht einlassen.

Abg. Prinz zu **Schönaich-Carolath** (nl.) meint, es müßte eine Aenderung des Gesetzes Platz greifen; denn gegenwärtig würde ohne den Nachweis des ursächlichen Zusammenhangs die Invalidenpension nicht gezahlt. Sehr zu wünschen wäre eine Ausdehnung des Invalidengesetzes auf diejenigen Landwehrmänner, die bei den jährlichen Uebungen zu Schaden kommen. Die Mittel des Invalidenfonds dürften zu anderen Zwecken nicht verwandt werden. Wenn die Mittel nicht mehr ausreichen, so müßte man eben neue schaffen.

Abg. Dr. **Förster** (Antis.) befürwortet die Annahme der Resolution.

Abg. **Rickert** (Frs. Vg.) bedauert, daß vom Regierungstisch noch keine Erklärung abgegeben sei und wünscht eine Aenderung des Militär-

---

„Aber mein Gott,“ rief Sévern lebhaft, „Ihre Abwesenheit würde ja Alles verderben; es gäbe keinen Grund, das Fest abzuhalten, wenn Sie nicht erscheinen. Ich flehe Sie an, mir zu gestatten, selbst Anwalt unseres Anliegens bei Frau v. Roquemaure sein zu dürfen; wenn sie mich heute Abends nicht empfangen kann, so will ich morgen wiederkehren. Werde ich in Ihnen wenigstens eine treue Verbündete haben?“

Sybille erhob sich.

„Um Ihnen zu beweisen, daß ich ohne Furcht und Tadel bin,“ erwiderte sie lächelnd, „will ich sogar, daß Sie Mama heute schon sprechen; erwarten Sie mich hier einen Augenblick.“

Und sie verschwand im Hause, Raoul allein im Hause zurücklassend.

„Jene verwünschten dummen Weiber, welche mich in diese Lage bringen!“ flüsterte er vor sich hin.

Ein Teil der Damen aus dem Hotel de Paris waren nämlich übereingekommen, ein Fest zu veranstalten und man hatte einstimmig Severn und Lorges dazu erkoren, das Ganze zu arrangiren; gleichzeitig aber erklärt, daß man Frau von Roquemaure und ihre Stieftochter nicht einladen wolle; natürlich benützte man als Vorwand für diese Ausschließung die Tatsache, daß die beiden Damen vollständig zurückgezogen lebten, nicht einmal die Kasinobälle besuchten und sich sehr wenig um die Gesellschaft von Vichy zu kümmern schienen; eigentlich aber erregte die Schönheit und Vornehmheit Sybillens ebensoviel Neid, als das zurückhaltende Benehmen der Baronin und der intime Verkehr mit Prinzen Georg Verdruss wachrief.

Dieser nützte das Privilegium seiner Ausnahmsstellung dahin aus, sich nur jenen Damen vorstellen zu lassen, deren äußere Erscheinung, deren Wesen ihm sympathisch, und kümmerte sich nicht darum, welch' grausame Mißstimmung dieses autokratische Benehmen hervorrief. Die Damen waren entzückt, endlich Gelegenheit zu finden, sich wegen der ihnen angetanen Demütigung zu rächen; sie hatten alle Einzelheiten des Festes mit den Veranstaltern genau besprochen und festgesetzt und waren dann erst mit der Bedingung hervorgetreten, an welche sie ihre schließliche Einwilligung zu allen bisher getroffenen Abmachungen knüpften.

(Fortsetzung folgt.)

pensionsgesetzes aus Anlaß des Falles des Hauptmanns Luthmer. Einer Wehrsteuer sei die Reichseinkommensteuer vorzuziehen.

Die beiden Resolutionen werden einstimmig angenommen und der Etat genehmigt.

Zum Etat für die Verwaltung der **Reichs-Eisenbahnen** beantragt die Kommission folgende Resolution:

„Den Reichskanzler zu ersuchen, dafür zu sorgen, daß die Beseitigung der Betriebssekretärstellen nicht durch die Ernennung neuer Betriebssekretäre verzögert wird."

Berichterstatter Abg. **Galler** (Südd. Volksp.) berichtet über die Kommissionsverhandlungen, in denen auch die Maßregelung einer Anzahl von Bamten, die sich mit Petitionen an den Reichstag gewandt hatten, scharf gerügt worden sei.

Abg. **Bebel** (Sozd.) bringt die Wünsche der Betriebssekretäre auf Gleichstellung mit den Eisenbahnsekretären zur Sprache. Ueber die Gewährung der Zulagen scheinen überhaupt keine festen Grundsätze zu bestehen. Die Bestrafung von Beamten wegen Abfassung einer Petition an den Reichstag widerspricht dem verfassungsmäßigen Recht jedes Staatsbürgers. Wir müssen gegen diese Maßregelung um so mehr protestiren, als von der Regierung in Elsaß-Lothringen das Petitioniren der Beamten allgemein übel genommen zu werden scheint. Es sollen aus den Akten des Reichstages den sämmtlichen beteiligten Ressorts die Namen der Petenten mitgeteilt worden sein. Ich möchte wissen, wer seine Hand dabei im Spiel hat, ob das Präsidium des Reichstags oder sonst wer der Eisenbahnverwaltung die Namen mitgeteilt hat. Eine solche Maßregelung bedeutet die Verkümmerung des Petitionsrechts der Beamten.

Geh. Rat **Wackerzapp** erwidert, daß in diesem Etat bereits eine große Anzahl älterer Betriebssekretäre nach einem leichteren Examen in die Stelle von Eisenbahnsekretären eingerückt sei und nur noch zwölf übrig geblieben seien, die das Examen nicht bestanden hätten oder sich geweigert, dasselbe abzulegen, die jetzt petitionirt haben. Die Bestrafung dieser ist nicht wegen der Petition selbst erfolgt, sondern wegen des in derselben angeschlagenen Tones. Es ist Sitte, daß die Petitionskommission auf Wunsch der Regierung die Namen der Petenten mitteilt. Wenn die Petitionen der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen werden, so erfährt ja die Regierung die Namen so wie so und ist also dann in der Lage, die Petenten zu bestrafen; wir haben es aber vorgezogen, schon jetzt die Strafe eintreten zu lassen.

Abg. Dr. **Hammacher** (ntl.) bemerkt, daß es Gewohnheit sei, daß das Reichstagsbureau sowohl während der Dauer der Session als besonders nach Beendigung der Session die eingegangenen Petitionen der Regierung im Original übergebe. Dieser Gewohnheit hat das Reichstagsbureau also nur entsprochen, als es der Eisenbahnverwaltung die vorliegenden Petitionen mitteilte. Aber in der Kommission hat es allgemeines Erstaunen hervorgerufen, daß überhaupt seitens der Reichstagsverwaltung diese Gepflogenheit zugelassen worden ist. Dadurch kann unter Umständen das ganze Petitionsrecht beeinträchtigt werden, wenn man den Behörden Einsicht in die Petition gestattet, und die Kommission ist der Ueberzeugung gewesen, daß mit dieser seitherigen Gewohnheit aufzuräumen ist und daß die Reichstagsverwaltung der Regierung nur den Inhalt, aber nicht die Namen der Petenten künftig mitteilen soll. Die Kompetenz zwischen Regierung und Volksvertretung müssen wir scharf auseinanderhalten.

Abg. **Werner** (Antis.) meint, daß die Beamten durch eine derartige Behandlung, wie sie ihnen hier zu Teil geworden sei, nur verstimmt werden mußten, so daß die Maßregelung das Gegenteil von dem hervorrufen werde, was die Regierung mit ihr beabsichtigt habe.

Abg. **Rickert** (frs. Vgg.) erklärt, daß sowohl im Landtag wie im Reichstage seit 1870 von der Regierung stets die Achtung des verfassungsmäßigen Petitionsrechts der Beamten verlangt und zugestanden worden sei. Es ist ganz ungehörig, daß die Regierung sich die Namen der Petenten abschreibt, und ich bitte den Vorstand, daß er Maßregeln trifft, daß den verbündeten Regierungen und den einzelnen Verwaltungen überhaupt keine Namen mehr mitgeteilt werden.

Abg. **Singer** (Sozd.) verliest einige Stellen aus den Petitionen, welche die Bestrafungen der Petenten zur Folge gehabt haben, um zu beweisen, daß der Inhalt der Petition durchaus nichts „disziplinwidriges" enthielte. Die Regierung solle die Strafverfügungen zurückziehen.

Geh. Rat **Wackerzapp** hebt andere Stellen aus der Petition hervor, wie z. B. „man fordere das Unding einer überflüssigen Prüfung" u. a., die die Disziplin ganz entschieden verletzten. Die Regierungskommission hätte das Recht, an den Kommissionssitzungen beratend teilzunehmen, und daraus folge, daß sie auch von allen Petitionen Kenntniss nehmen dürften.

Abg. **Gröber** (Centrum) bestreitet, daß die Regierung das absolute Recht habe, in alle dem Reichstag gehörigen Akten Einsicht zu nehmen. Man müsse deshalb Maßregeln treffen, damit zukünftig die Namen der Petenten der Regierung unbekannt bleiben. Es gebe zwar auch Petitionen, bei denen der Name wesentlich zur Beurteilung der ganzen Petition sei. Hier aber war es absolut unnötig, der Regierung von den Namen Kenntniss zu geben. Will man das Petitionsrecht vollständig wahren, so durfte allerdings auch der Hauptpetent, dessen Name jetzt in dem gedruckten Verzeichniss genannt wird, nicht mehr namhaft gemacht werden. Wir behalten uns vor, bis zur dritten Lesung eine Aenderung der Geschäftsordnung in dieser Richtung anzuregen.

Abg. **Graf Roon** (kons.) tadelt die Begehrlichkeit und Unbotmäßigkeit der Beamten. Man müsse unterscheiden zwischen Petitionen, die den einzelnen Abgeordneten zugehen — da würde er nie einen Namen verraten — und solchen, die metallographirt in Massen verbreitet würden, die dürfe man nicht zur Diskreditirung seiner Vorgesetzten benutzen. Die Regierung habe ein Recht, die Namen solcher Petenten kennen zu lernen.

Damit schließt die Diskussion. **Die Resolution der Kommission wird einstimmig angenommen.** Der Etat wird ohne weitere Debatte erledigt. — Die zum Etat eingegangenen Petitionen von Beamten werden den Regierungen teils als Material überwiesen, teils zur Erwägung. Die Petitionen der Betriebssekretäre werden durch die Beschlüsse des Reichstags für erledigt erklärt.

Zum Etat des **Bankwesens** erwidert auf Anfrage des Grafen **Arnim** (Reichsp.) über die vorgekommene Fälschung und Beiseiteschaffung von Banknoten in der Reichsdruckerei

Staatssekretär **v. Podbielski**: Es handelt sich um eine einzelne Anfertigung, die am 14. Januar v. J. beendet ist. Dem Oberfaktor ist es möglich gewesen, sich aus dem sog. „Ausschuss" einige Scheine anzueignen. Es geht nicht in die Millionen, ist aber immer eine bedeutende Summe; Papier und Druck sind ächt, die Nummern sind zum Teil mit der Hand, zum Teil mit einer Handpresse aufgetragen worden. Die sog. „Ausschusswaare" soll durchlocht werden. Anscheinend sind damals vor der Durchlochung im letzten Moment die Scheine in den Tresor geschlossen worden. Der Beamte, der den zweiten Schlüssel hatte, wurde krank und der Oberfaktor ließ sich von ihm den Schlüssel geben. Zu seinem Leichtsinn hat der betreffende Beamte nichts Böses geahnt. Bei der Zählung muss der Oberfaktor die Packete, aus denen er Scheine genommen, aus der Zählung auf seinen Tisch herübergenommen haben. Die Nummern sind aus dem Jahre 1892—93. Die Reichsbank wird voraussichtlich kein Verlust treffen, zumal da der Festgenommene noch ein anscheinend bedeutendes Vermögen hat. Es handelt sich um eine Summe von Zufälligkeiten. Der betreffende Schuldige ist schon im Herbst 1897 pensionirt und war seit Januar 1898 nicht mehr in der Reichsdruckerei. Weitere Beamte sind nicht beteiligt.

Nach weiteren Bemerkungen der Abg. Dr. **Hammacher**, Graf **Arnim** und des Staatssekretärs **v. Podbielski** wird der Etat bewilligt, ebenso debattelos der Etat des Münzwesens.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung Dienstag 1 Uhr. (Rechnungssachen. Dritte Lesung der Postdampfersubventionsnovelle; Fortsetzung der zweiten Beratung der Vorlage betr. die Entschädigung der im Wiederaufnahmeverfahren Freigesprochenen; zweite Lesung der Branntweinsteuernovelle u. s. w.)

Schluss 6 Uhr.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

52. Sitzung vom 21. März.

Eröffnung 11 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der zweiten Beratung des Eisenbahnetats.

Abg. **Brömel** (Frs. Vgg.): Nach den Ausführungen des Herrn Ministers und der Herren von der Rechten sollte man meinen, die vielen Eisenbahnunfälle seien nichts als ein böser Traum. (Heiterkeit.) Aber anderwärts war man der Ansicht, daß die Einrichtungen der Staatsbahnen dem gesteigerten Bedürfniss nicht genügen. Der Bundesrat muss doch auch dieser Ansicht gewesen sein, sonst hätte er dem Reichstage keine Vorlage gemacht wegen Erhöhung der Betriebssicherheit der Eisenbahnen. Das Reichseisenbahnamt hat in idyllischer Tatenlosigkeit gelebt. Zu empfehlen ist die Einsetzung einer parlamentarischen Kommission, die sich mit diesen Fragen befaßt, wie sie in gleicher Weise der Abg. Hammacher im Reichstage vorgeschlagen hat. Der Minister ist auch auf die Agitation der Beamten zu sprechen gekommen und hat die Sache so dargestellt, als ob die Beamten durch böse Menschen verführt seien. Das erinnert sehr an die Behauptung, die Revolution in Berlin 1848 sei durch Polen und Franzosen gemacht worden. Die Petitionen der Beamten sind in manchen Punkten in hohem Grade geeignet, die Aufmerksamkeit auf die Verhältnisse dieser Leute hinzulenken. Wir kennen alle diese Leute auf den Perrons der Bahnhöfe mit den roten Mützen, von deren Umsicht, Besonnenheit und Pflichttreue so außerordentlich viel abhängt. Es kann nicht geduldet werden, daß diese Leute mit der Not des Lebens zu kämpfen haben. Gerade von diesen Beamten sind viele nur diätarisch angestellt und daher nicht pensionsfähig. Der Presse muß man dankbar dafür sein, daß sie sich dieser Verhältnisse annimmt und sie in sachverständigen Artikeln behandelt. Redner führt weiter aus, die Eisenbahnverwaltung sei überlastet und eine Trennung von der Bauverwaltung zu empfehlen. Mehr und mehr stelle sich das Bedürfniss nach einem eigenen Ministerium für Wasserbau heraus.

Eisenbahnminister **Thielen**: Die Tätigkeit des Reichseisenbahnamts hat in dieser Beziehung zu recht zweckmäßigen Ergebnissen geführt. Es sind in demselben eine Reihe hervorragender Techniker tätig, welche die Eisenbahnen einer fortlaufenden Kontrole unterziehen. Ich sehe daher ein Bedürfniss auf Einsetzung einer derartigen Kommission nicht ein. Daß unter den Beamten vielfach Unzufriedenheit herrscht, muss ich leider zugeben. Ob aber die Klagen berechtigt sind, ist eine andere Frage. Wenn Sie die sozialdemokratische Presse lesen oder in die Versammlungen der Sozialdemokraten gehen, so werden Sie die Ansicht hören, daß himmelschreiend von der preußischen Verwaltung gesündigt wird.

Abg. **Kirsch** (Ztr.): Im rheinisch-westfälischen Industriegebiet genügten die Eisenbahnen durchaus nicht dem Bedürfniss und bei der Erteilung von Konzessionen für Kleinbahnen würde nicht allein dort, sondern auch anderwärts etwas engherzig verfahren. Redner empfiehlt Berücksichtigung der Petitionen der Eisenbahnbeamten und bittet den Beamten ohne Unterschied Gelegenheit zur Sonntagsruhe und Besuch des Gottesdienstes zu geben.

Abg. **v. Eynern** (natl.) bestreitet, daß es im Hause an Sachverständigen für die Beurteilung von Fragen der Eisenbahnverwaltung fehle. Redner hofft, daß der Wunsch auf Einsetzung einer parlamentarischen Eisenbahnkommission im nächsten Jahr Erfüllung finde. Eine systematische, durchgreifende Verbesserung der Bahnhofsverhältnisse sei ebenfalls Bedürfniss, selbst wenn zur Durchführung eine Anleihe aufgenommen werden müßte.

Minister **Thielen**: Der Schaden, der durch nicht rechtzeitig eingestellte Wagen den Arbeitern entstanden ist, ist nicht so groß, da die Grubenverwaltung die Arbeiter in den meisten Fällen schadlos hält. Wir wollen mit den Zechen in Verbindung treten, ob es sich empfiehlt, die Kohlen zu lagern, um dem Wagenmangel zu begegnen.

Abg. **Lotichius** (nat.-lib.) führt Klage über mangelhafte Heizung in den D-Zügen und wünscht eine Verstärkung des Oberbaus namentlich auf solchen Strecken, wo ein starker Verkehr herrsche. Redner wünscht eine möglichst rasche Erledigung des Baues der Kleinbahnen. Es müßten den Gesuchen um Konzession nicht so viel Schwierigkeiten seitens der Eisenbahndirektionen bereitet werden.

Vom Regierungstisch wird Berücksichtigung der Wünsche des Vorredners zugesagt.

Abg. Graf **Limburg-Stirum** (kons.) kann nicht einsehen, aus welchen Gründen eine besondere Eisenbahnkommission besser wirken sollte als die Budgetkommission.

Abg. Dr. **Hahn** (bei k. F.) tritt für größere Berücksichtigung von Geestemünde bei Festsetzung von Tarifen für Holz ein und fragt an, ob es kein Mittel gebe, um dem notorischen Rückgang des Handels in Geestemünde entgegenzutreten.

Geheimrat **Möllhausen** erwidert, die Angelegenheit sei geprüft worden. Was den vielfach beklagten Wagenmangel betreffe, so sei es in dieser Beziehung in dem letzten Jahre nicht schlechter, sondern besser geworden.

Abg. Dr. **Eckels** (natl.) führt aus, daß die Hauptsache der Unfälle in der ungeheuren Ausdehnung des Eisenbahnnetzes und in der Ueberlastung der Bahnen zu suchen sei. Wenn auf einem Geleise Personen-, Güter- und Schnellzüge verkehren, so seien Unfälle unvermeidlich. Man müsse daher die Bahnen entlasten durch neue Bahnlinien und durch einen weiteren Ausbau der Wasserstraßen.

Abg. **Wetekamp** (freis. Vpt.): Die Denkschrift der Eisenbahnverwaltung über die Unfälle macht mehr den Eindruck einer Verteidigungsschrift, als einer Aufklärungsschrift. Auch ich schreibe die Unfälle der all zu großen Sparsamkeit zu; die Sparsamkeit hält man auch heut für gut, übermäßige Sparsamkeit, Knauserigkeit oder Geiz waren noch nie gut, und der Vorwurf übermäßiger Sparsamkeit ist vom Minister nicht widerlegt. Gerade die starke Vermehrung des Personals in jüngster Zeit zeigt, daß bisher zu wenig Personal vorhanden war. Sicher ist ja auch, daß man in zu großem Umfang auf Hilfsbeamte zurückgreift. Die Zahlen der etatsmäßig angestellten Zugführer, Packführer, Weichensteller, Lokomotivführer im Vergleich der aushilfsweise angestellten zeigt, welches Missverhältniss hier besteht. Ich meine, daß der Unterschied zwischen etatsmäßigen und diätarisch beschäftigten Beamten sehr in Betracht kommt; die Angst der nicht festangestellten um ihre definitive Anstellung macht die Leute nervös und schädigt ihre Leistungsfähigkeit. Jedenfalls wird zu Gunsten des wirtschaftlich Stärkeren, des Staates, auf Kosten der kleinen Beamten gespart. Mit dem zu geringen Personal hängt auch die übermäßige Anspannung der einzelnen Beamten zusammen, von 15 in der Denkschrift erwähnten Unglücksfällen waren bei sieben die beteiligten Beamten, als der Unfall eintrat, viel zu lange hintereinander beschäftigt. Namentlich ist zu tadeln, daß den Beamten der so häufig eintretende Nachtdienst in den meisten Fällen nicht besonders honorirt wird. Es wäre interessant und für unsere Entschließungen wichtig, etwas zu erfahren über die Abnutzung und das Invalidewerden des Zugpersonals, damit wir sehen, wo der Hebel zur Besserung angesetzt werden muss. Vielleicht empfiehlt es sich, bei der Pensionirung der Lokomotivführer gewisse Beträge der Dienstzeit doppelt anzurechnen. Ein wichtiger Punkt ist auch die Ueberwachung der Ausführung der Dienstvorschriften, die vermutlich in Folge der zu starken Ueberlastung der mit der Kontrole betrauten Beamten durch schriftliche Bureauarbeiten zu gering ist. Der Minister fragt, was man denn unter dem Assessorismus in der Eisenbahnverwaltung verstehe und wie man ihm abhelfen solle. Praktische Beispiele beweisen, daß es den Assessoren nach Unfällen mehr darauf ankommt, ihren Bericht an die vorgeordnete Dienststelle herzustellen, als die Strecke wieder fahrbar zu machen. Oder: Ein Erfinder will einem Eisenbahndirektions-Präsidenten eine Erfindung mitteilen, da fragt ihn dieser: Was geht Sie denn eigentlich die Eisenbahn an? Jedenfalls ein schönes Beispiel des Assessorismus! Die Verwaltungsdecernate hängen tatsächlich mit den technischen Decernaten eng zusammen und können von Technikern mindestens ebenso gut wahrgenommen werden, wie von Juristen. Jedenfalls ist es unrichtig, daß die Zahl der Techniker die der Juristen in höheren Verwaltungsstellen übertrifft — nicht einmal Parität besteht zwischen Beiden!

Abg. **Horn** (natl.) bringt den Fall der Entgleisung des Schnellzuges Leipzig-Hannover bei Halberstadt zur Sprache und tadelt, daß die Untersuchung bezüglich dieses Unfalles anscheinend mit großer Oberflächlichkeit geführt worden sei. Redner führt weiter aus, daß auch andere Industrien als die Montanindustrie unter dem Wagenmangel leiden, so insbesondere die Rübenzucker- und Kartoffelspiritusindustrie in der Provinz Sachsen.

Vom Regierungstisch wird erwidert, der Eisenbahnunfall bei Halberstadt sei untersucht, die Untersuchung sei aber noch nicht abgeschlossen; es sei nichts unterlassen worden, um den Sachverhalt aufzuklären.

Abg. **Gothein** (Freis. Vg.) weist auf die Schädigungen hin, welche der schlesischen Montanindustrie durch den alljährlich wiederkehrenden Wagenmangel erwachsen. Es könne diesem Notstand wohl abgeholfen werden, wenn man den Wasserweg mit dem Kohlenrevier in zweckentsprechender Weise durch Eisenbahnanlagen verbinde. Redner hält es nicht für praktisch, eine allgemeine einheitliche Ausbildung sämmtlicher höheren Eisenbahnbeamten anzustreben, es wäre besser, die Fachleute der einzelnen Zweige vertieften ihre Fachbildung. Die Techniker könnten sich wohl nebenbei die nötigen Kenntnisse der Verwaltung aneignen.

Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Abends 7½ Uhr.

Schluss 3¾ Uhr.

•

In der Abendsitzung wird die Beratung des Eisenbahnetats fortgesetzt.

Abg. **Broemel** bringt einen Antrag ein, in welchem die Regierung ersucht wird, eine Vereinfachung und Verbilligung der Personen- und Gütertarife auf den preußischen Staatsbahnen vorzunehmen.

Minister **Thielen** kann ein allgemeines Bedürfniss für Ermäßigung der Personentarife nicht anerkennen. Wir haben die billigsten Tarife von allen Ländern, nur mit Oestreich-Ungarn stehen sie gleich. Durchschlagend für den ganzen Personenverkehr ist der Nahverkehr. Der preußische Nahverkehr ist aber der billigste auf der ganzen Welt. Auch in sozialer Beziehung ist eine Ermäßigung nicht wünschenswert, da dieselbe eine Anziehung der großen Produktionszentren zum Nachteil des platten Landes bewirken würde.

Darauf vertagt das Haus die weitere Beratung auf Dienstag 11 Uhr.

Schluss 10¼ Uhr.

Kleine Chronik.

* **Hermann Sudermann** ist unter die Ordensempfänger gegangen. Der König von Württemberg hat ihm das Ritterkreuz erster Klasse des Friedrich-Ordens verliehen.

* **Das Schöffengericht in Mannheim** verurteilte gestern den Tenoristen Abel wegen Hausfriedensbruches und Körperverletzung, begangen an der Rezensentin Richard, zu einer Geldstrafe von 300 Mark. Ueber den Fall ist früher ausführlich berichtet worden.

*ebg **Der diesjährige Verbandstag deutscher Bäckerinnungen** wird am 20. und 21. Juni in Fürstenwalde stattfinden. Der Gesammtvorstand hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, den Maximalarbeitstag wieder auf die Tagesordnung zu setzen. Obermeister Bernard aus Berlin berichtete über die seitens des geschäftsführenden Ausschusses unternommenen Schritte zur Beseitigung oder Milderung der Bundesratsverordnung. Er bedauerte, daß die Ergebnisse so geringe wären.

*ar **Ein Duell vor 200 Jahren** wurde als eine äußerst schwere Missetat geahndet. Am 22. März 1698 erzürnten sich zwei alte Unteroffiziere und duellirten sich infolge des Streites auf dem Holzmarkt vor dem Stralauer Thor. Der älteste, ein Mann von 60 Jahren, Bartel Jürgen mit Namen, erstach den andern Unteroffizier, der 50 Jahre alt war. Auf Befehl des Kurfürsten wurde der Getödtete nicht begraben, bis der Prozess gegen den Ueberlebenden zu Ende war. Bartel Jürgen wurde drei Wochen nach dem Zweikampf zum Galgen vor dem St. Jürgenthor geführt; die halb verweste Leiche des Gefallenen riss man aus dem Sarge und brachte auch sie auf einem Schlitten nach dem Galgen. Der Mörder wurde gehenkt, neben ihm der Leichnam, und diesem zog man das Sterbehemd, welches ihm seine Verwandten angetan hatten, wieder aus und bekleidete ihn mit dem blutigen Hemd, in welchem er bei dem Duell gefallen war. Der Mörder und sein Opfer wurden mit Ketten um den Hals aneinander gebunden, und so ließ man sie zur Warnung hängen, bis sie von selbst vom Galgen herabfielen. Auch dieses strenge, ja grausame Exempel schränkte die Duelle nicht ein, welche damals in Berlin an der Tagesordnung waren.

* **Die Meldungen, daß Reindel von seinem Scharfrichterposten zurücktreten wolle,** erweisen sich als unbegründet. Der Oberstaatsanwalt beim Kammergericht hat den überaus zahlreichen Bewerbern um diesen Posten ein Schreiben zugehen lassen, in dem es heißt: „Von einer Niederlegung des Amtes durch den Scharfrichter Reindel ist hier bisher nichts bekannt geworden." Nach R.'s Rücktritt würde das Amt auf seinen Sohn übergehen, der vor mehreren Jahren bereits sein „Scharfrichter-Examen" gemacht hat.

* **Bei dem Unfall auf dem Hauptbahnhof in Essen** (siehe Abendblatt) trifft, soweit bis jetzt festgestellt wurde, die Schuld den Lokomotivführer des von Dortmund kommenden Zuges, weil er das für ihn stehende Haltesignal um 100 Meter überfahren hat.

Lokales.

† **Vom Bureauhilfsarbeiter-Kriegsschauplatz.** Der Berliner Magistrat beabsichtigt bekanntlich die zu einem öffentlichen Skandal ausgewachsene Bureauhilfsarbeiterfrage dadurch zu regeln, daß er etwa 300 dieser Beamten fest, daß heißt lebenslänglich anstellen will. Die Hilfsarbeiter haben sich darauf mit einem Antrage an die Stadtverordneten-Versammlung gewendet, zunächst festzustellen, wie viel Beamte dieser Kategorie in der städtischen Verwaltung überhaupt beschäftigt werden. Sie behaupten, daß es gegen 700 sind, während der Magistrat angeblich offiziell nur 550 zugiebt, und die Differenz von 150 Mann dadurch der Stadtverordnetenversammlung gegenüber „ausgleichen" soll, daß er sie nicht aus dem Remunerationsfonds, sondern aus ersparten Gehältern besoldet. Unseres Erachtens hat die Stadtverordnetenversammlung, welche schon wiederholt über das ganz unverhältnissmäßig starke Anwachsen jenes Fonds gelegentlich der Etatsberatungen Klage erhoben hatte, das dringendste Interesse daran, die in Rede stehende Feststellung der Zahl der wirklich beschäftigten Hilfsarbeiter zu treffen, um etwaige Verwaltungs-Feinheiten des Magistrats nach dieser Richtung ein für alle Mal unmöglich zu machen. Nehmen wir ferner wirklich nur die Zahl von 550 Hilfsarbeitern an, so bleiben nach Anstellung von 300 immer noch 250 übrig, die nach der Ansicht des Reichsgerichts schon jetzt festangestellte Beamte sind und die ihr Recht selbstverständlich bis zum Aeußersten durchfechten werden, so daß die alte Kalamität fortbesteht. Es giebt daher nur ein Radikalmittel: Anstellung aller Bureauhilfsarbeiter von Rechts wegen.

†ebg **Zu der Bureau-Hilfsarbeiterfrage** hat der II. Zivilsenat des Kammergerichts wiederum ein Urteil zu Ungunsten des Magistrats gefällt. In der seit drei Jahren schwebenden Streitsache des früheren Hilfsarbeiters Tuchhardt hat der Senat die Stadtgemeinde Berlin verurteilt, dem Kläger nach Abzug der demselben bereits gezahlten Unterstützungen von 875 M. noch etwa 7200 M. nebst Zinsen und Kosten zu zahlen, weil der Kläger als ein auf Lebenszeit berufener Gemeindebeamter anzusehen sei. Der von dem beklagten Magistrat vor einem Jahre gemachte Einwand, daß der Kläger nicht prozessfähig sei, wurde durch das Gutachten des Gerichtsphysikus Medizinalrats Dr. Long als widerlegt erachtet. Das Gutachten geht dahin, daß die Tatsachen, welche die Beweisaufnahme ergeben hat, den Schluss nicht rechtfertigen, daß Kläger schon zur Zeit der Klageerhebung außer Stande gewesen sei, die Folgen seiner Handlungen zu überlegen. Auch befinde sich der Kläger gegenwärtig nicht in einem Zustande geistiger Erkrankung, so daß er nicht fähig wäre, die Folgen seiner Handlungen zu überlegen. Die Verkündigung der Gründe erfolgt heute (Dienstag) Vormittag.

† **Zur Sonntagsruhe in Berlin.** Der Verein Berliner Kaufleute und Industrieller schreibt uns: Die soeben durch

den Herrn Polizeipräsidenten von Berlin veröffentlichte **Polizeiverordnung vom 19. März d. J.**, betreffend die **äußere Heilighaltung der Sonn- und Feiertage** setzt die denselben Gegenstand betreffende Polizeiverordnung vom 10. Oktober 1896 außer Kraft, gegen die sich bekanntlich eine lebhafte Bewegung weiter Kreise der Berliner Handels- und Gewerbetreibenden gerichtet hatte. Es wird noch erinnerlich sein, daß ein von mehr als 60 unserer angesehensten kaufmännischen, gewerblichen und industriellen Vereinen gewähltes Komite dem Herrn Minister des Innern im Frühjahr vorigen Jahres eine von über 106 000 Berliner Bürgern unterschriebene Resolution, die die Abschaffung der Polizeiverordnung vom 10. Oktober 1896 forderte, unterbreitet und dieses Ersuchen in mehrfachen Eingaben, die auch dem Herrn Minister für Handel und Gewerbe, sowie dem Herrn Kultusminister in persönlichen Unterredungen überreicht wurden, eingehend begründet hat. In jenen Audienzen wurde von Seiten der Herren Minister eine Revision der am meisten zu Klagen Anlass gebenden Bestimmungen zugesagt, als deren Ergebnisse die nunmehr in Kraft tretende Polizeiverordnung vom 19. März anzusehen ist. Im Interesse der bei der Frage beteiligten großen Kreise von Handel und Gewerbetreibenden aller Art, stellen wir, ohne schon jetzt über den Umfang der eintretenden Erleichterungen ein abschließendes Urteil zu fällen, im Nachfolgenden die wesentlichen **Veränderungen gegen den bisherigen Zustand** zusammen: Zunächst sind einige Unklarheiten der bisherigen Bestimmung beseitigt, in dem durch einen Zusatz zu §1 festgestellt ist, daß an den Sonn- und Feiertagen das Fahren von Bierwagen während der für den Handel mit Lebens- und Genussmittel freigegebenen Stunden, sowie das Fahren von Rollwagen, soweit sie dem Eilgutverkehr dienen, unzweifelhaft gestattet ist. Eine fernere bisherige Unklarheit wird durch die neue Fassung von §2 und 4 beseitigt, wonach nunmehr das Verbot, an den Sonn- und Feiertagen öffentlich bemerkbare Arbeiten vorzunehmen, keine Anwendung findet auf Arbeiten, welche in Zier- und Hausgärten oder von kleinen Leuten mit ihren Angehörigen zur Bestellung oder Abwartung ihrer Gärten und Felder außerhalb der Zeit des Hauptgottesdienstes verrichtet werden. Von besonderer Wichtigkeit ist die in § 6 der neuen Verordnung getroffene Bestimmung, wonach das Aushängen und Ausstellen von Waaren in den Schaufenstern und Schaukästen und das Offenhalten der Ladentüren an den Sonn- und Feiertagen während der zulässigen Verkaufszeit gestattet ist. Die in Berlin als überaus lästig empfundene Bestimmung, auch während der Stunden von 12—2 Uhr Nachmittags die Ladentüren an den Sonn- und Feiertagen eingeklinkt zu halten und die Schaufenster zu verhängen oder zu räumen, wird damit aufgehoben. Außerhalb der gesetzlich zugelassenen Verkaufszeit müssen freilich die Schaufenster auch in Zukunft verhängt oder geräumt sein. In Fortfall gekommen ist bei § 8 die Bestimmung, daß diejenigen Schankwirtschaften, in welchen ausschließlich oder vorwiegend der Ausschank von Branntwein betrieben wird, nach der Straße verschlossen zu halten sind. Aufgehoben ist auch das Verbot der privaten Lustbarkeiten am Charfreitage, am Bußtage, in der Charwoche, an den Vorabenden und an den ersten Tagen der drei großen Feste. An den genannten Tagen können demgemäß private Lustbarkeiten auch in öffentlichen Lokalen stattfinden, unterliegen aber hier, wie in privaten Räumen auch jetzt noch der Einschränkung, daß dadurch nicht die äußere Heilighaltung der Sonn- und Feiertage beeinträchtigt wird.

†ar **Eine Erinnerungsfeier an die Bewegung von 1848** hat auch die Reformburschenschaft Neo-Germania veranstaltet. Die Festrede hielt der Begründer der reformburschenschaftlichen Bewegung, Sanitätsrat Dr. Konrad Küster.

† **Der Herzog zu Sagan** ist gestern im 88. Lebensjahre verstorben.

† **Die Anklage gegen den Kladderadatsch** kommt am 5. April vor dem Reichsgericht in Leipzig in der Revisionsinstanz zur Verhandlung. Redakteur Trojan ist bekanntlich vom Landgericht I zu zwei Monaten Festungshaft verurteilt worden.

† **Ueber den Diebstahl in der Reichsdruckerei** hat in der gestrigen Reichstagssitzung der Staatssekretär v. Podbielski eine Erklärung abgegeben. Wir verweisen die Leser auf den Bericht.

†T **Mit Bezug auf die neuen Straßenbahn-Linien** hat die Direktion der „Großen Berliner Straßenbahngesellschaft" der städtischen Verkehrsdeputation einen besonderen Betriebsplan eingereicht, welcher unter Berücksichtigung der ausgeschriebenen Strecken die bestehenden Linien der Gesellschaft mit den von der Stadt gewünschten zu einem ganzen Netze von Straßenbahnen verbindet. So wird z. B. zu der ausgeschriebenen Ringlinie (Zoologischer Garten-Oberbaumbrücke, Memeler- ꝛc. Schwedterstraße-Moabiter Brücke-Lützowufer) vorgeschlagen, vier der anderen neuen Linien zu Hilfe zu nehmen und daraus zwei Ringstrecken, einen Südring und einen Nordring zu bilden, durch welche sich bessere Verbindungen der Vorstädte mit dem Zentrum Berlins ermöglichen ließen. Das Befahren von Ringen, so heißt es in dem beigegebenen Erläuterungsbericht, bietet beim elektrischen Betriebe den Vorteil, daß die Wagen keine Haltestelle aufzusuchen brauchen; das Begleitpersonal steigt an bestimmten Wechselpunkten auf. In gleicher Weise (Verschmelzung bestehender mit neuen Linien) werde eine bequeme Verbindung zwischen dem Lehrter, Potsdamer und Anhalter Bahnhofe geschaffen werden können, wobei zugleich empfohlen wird, die Linie vom Anhalter Bahnhofe aus durch die Möckern-, Kleine und Großbeerenstraße nach dem Victoriapark zu verlängern, wodurch die längst ersehnte direkte Verbindung des Kreuzbergs mit den genannten Bahnhöfen und dem Tiergarten hergestellt sein würde. Zu der Ausschreibung der Linie Hermannplatz-Schillingsbrücke-Landsberger-Platz schlägt die Direktion der Straßenbahn einen Außenring vor, der sich, unter Heranziehung mehrerer Linien, vom Kreuzberg über das östliche, nordöstliche und nördliche Vorstadtgebiet bis nach Moabit und Schöneberg erstrecken und unter Mitbenutzung einer Strecke der südlichen Vorortbahn wieder am Kreuzberg endigen würde. Die neue Linie Landsberger Platz—Rummelsburg würde mit der schon bestehenden Strecke Alexanderplatz—Rosentaler Tor—Moabit zu verbinden sein, wodurch der Osten Berlins die gewünschte Verbindung mit dem Stettiner Bahnhof und dem Stadtteil Moabit erhielte. Zu der Ausschreibung Blücherplatz-Waterloobrücke-Alexandrinen-Dresdenerstraße endlich wird eine weitere Durchquerung der Stadt in Vorschlag gebracht, nämlich vom Tempelhofer Berg (neue Kaserne) durch die Alexandrinen-, Dresdener-, Neue Jakobstraße, Waisenbrücke, Neue Friedrich-, Schicklerstraße, Alexanderplatz, Prenzlauerstraße, Bahnhof Schönhauser Allee. Neben den geplanten Ringstrecken dürfte diese Vertikal-Linie zu den beachtenswertesten Verkehrsverbindungen der Reichshauptstadt zu rechnen sein.

†sh **Zu dem Familiendrama in der Waldemarstraße** werden jetzt — wie uns ein Berichterstatter mitteilt — Tatsachen bekannt, die auf den traurigen Vorgang ein neues Licht werfen. Seit mehr als Jahresfrist fiel es den Inhabern der Lampenfabrik von Schwintzer u. Graeff auf, daß Teile des in der Fabrik vorhandenen Rohmaterials auf unerklärliche Weise verschwanden. Abends beim Verlassen der Anstalt wurden die Arbeiter kontrollirt; keiner von ihnen hätte, ohne aufzufallen, den Versuch machen können, größere Stücke mit hinauszunehmen. Die Entwendungen mussten also zu einer Zeit geschehen, in der der Pförtner sich noch nicht am Eingange befand. Als sich nun auch mehrere Arbeiter darüber beschwerten, daß ihnen aus den Arbeitskitteln, die sie Abends in der Fabrik zurückließen, fortgesetzt Biermarken gestohlen würden, lenkte sich der Verdacht auf den Heizer Bier, der daraufhin beobachtet wurde. Bier kam Morgens um 5 Uhr, um den Kessel anzuheizen, und befand sich dann bis zum Erscheinen der anderen Arbeiter allein in der Fabrik. Man vermutete, daß er diese Zeit benutze, um sich fortgesetzt Messing, Kupferblech und Rohzink anzueignen. Nachdem er drei Wochen genau beobachtet worden war, gelang es am Mittwoch dem Pförtner, bei ihm eine 12½ Pfund schwere Zinkplatte zu entdecken, die er sich mit einem Lederriemen um den Leib gebunden hatte. Der Sohn des einen Mitinhabers kam in diesem Augenblick dazu und wollte Bier die Platte entreißen. Bier versuchte zunächst, ihn mit der Platte über den Kopf zu schlagen, und als ihm das misslang, floh er in die Fabrik zurück, schloss sich in den Maschinenraum ein und versuchte, die Dampfmaschine zu zerstören. Erst den vereinten Anstrengungen des Sohnes des einen Mitinhabers, des Pförtners und eines Expedienten gelang es, die Tür aufzubrechen und den Mann mit Gewalt wegzubringen. Bei der Durchsuchung des Maschinenraumes fand man Werkzeuge, die Bier sich selbst angefertigt hatte, um die Zinkplatten zur Erleichterung ihres Fortschaffens zu zerschlagen und zu biegen. Sechs Platten waren so zum Mitnehmen schon zurecht gemacht worden. In einer Mauerhöhlung, die der ungetreue Heizer mit einem Steine verschlossen hatte, fand man ferner Messingblech und Platten, die Bier sich angeeignet und vorläufig zurückgelegt hatte, um sie zu geeigneter Zeit bei Seite zu schaffen. Am Donnerstag kam Frau Bier in das Comptoir der Fabrik und war verzweifelt über die Schande, die ihr Mann der Familie angetan. Sie erzählte auch, daß sie in sehr unglücklicher Ehe lebe, da ihr Mann fast immer betrunken nach Hause komme und ihr von seinem Verdienste wöchentlich nur sechs Thaler abgebe, wovon sie ihre drei Kinder ernähren und die Miete bezahlen sollte. Ob die Darstellung der Frau von der Trunksucht ihres Mannes der Wahrheit entspricht, muss dahin gestellt bleiben. Anderen gegenüber hat sie sich darüber nicht beklagt und auch die Hausbewohner haben davon nichts wahrgenommen. Das Eheleben machte vielmehr den Eindruck eines durchaus glücklichen, die Frau klagte ihren Angehörigen wohl hin und wieder über den Jähzorn ihres Mannes, gab aber stets auch zu, daß sie nie mißhandelt werde. Daß Bier aber nicht blos einmal einen Fehltritt begangen hat, wie es anfangs schien, um einer kranken Schwester zu helfen, sondern ein abgefeimter Dieb war, unterliegt keinem Zweifel mehr. Seinen Arbeitgebern sind nach den Berichten über die Katastrophe zahlreiche Briefe zugegangen, in denen ihnen, oft in der beleidigendsten Form, der Vorwurf gemacht wird, zu hart vorgegangen zu sein.

† **Eine abscheuliche Wette** ist im Zentralmarkthallenrestaurant von Carl Lücke zwischen dem Leberhändler Paul Zimmer und dem unter dem Spitznamen „Länglich" bekannten Fleischabträger zum Austrag gekommen. „Länglich" machte sich anheischig, 3½ Pfund gesalzene (gespritzte) Schweineleber, in Hammeltalg gebraten, warm aber ohne Getränke zu verspeisen. Zimmer erbot sich, ein Faß Lebern im Werte von 150 M. ihm zu übergeben, falls dieser die 3½ Pfund Leber verzehren würde; andernfalls solle er mit einer Buße von 3 M. davonkommen. Wetten für und gegen das Gelingen des Experiments wurden von den anwesenden Meistern vielfach gehalten, und darauf begann „Länglich" mit seinem Frühstück, das ihm, in 33 Scheiben zerschnitten, vorgesetzt wurde. Bei der 27. Scheibe musste er jedoch die Waffen strecken. — So berichtet die „Allg. Fleischer-Zeitung". Vielleicht könnte das Blatt dazu beitragen, daß derartige ekelerregende Wetten unterbleiben.

†sh **Einen großen Menschenauflauf** gab es gestern Nachmittag zwischen 2 und 3 Uhr in der Markgrafenstraße vor dem Hause Nr. 72. Aus diesem Hause heraus erschollen Hilferufe, und bald darauf kam ein junger Mann herausgestürzt, der laut rief: Wenn ich bewusstlos werde, dann merken Sie sich, ich bin eben drei Treppen gewesen, man hat mir mein Geld stehlen wollen und mich mit dem Messer gestochen! Der junge Mann hatte eine etwa fünf Centimeter lange Stichwunde in der Stirn und unter dem verquollenen rechten Auge eine Verletzung, von der man nicht feststellen konnte, ob sie von einem Stich oder einem Schlage herrührt. Leute, die auf das Hilferufen herbeigelaufen kamen, nahmen sich des Misshandelten an und brachten ihn auf die Unfallstation in der Kronenstraße. Nachdem er hier einen Verband erhalten hatte, konnte er auf das Bureau des 39. Reviers gehen und vernommen werden. Es war ein 22jähriger Lederarbeiter Gustav Z. Er hatte sich Vormittags zur Musterung gestellt und dann, wohl etwas angeheitert, von einem Mädchen verschleppen lassen. Bei diesem war er einem Zuhälter in die Hände gefallen. Als die Polizei erschien, waren das Mädchen, das „abgestiegen" war und auch der Zuhälter verschwunden. Die Menschenansammlung dauerte trotz des Regens über eine halbe Stunde. Hunderte von Personen waren zusammengelaufen.

198. Kgl. Preußische Klassen-Lotterie.

(Ohne Gewähr.)

(Die Nummern, bei denen nichts bemerkt ist, erhielten den Gewinn von 160 M.)

Dritte Klasse. Berlin, den 21. März 1898.

Nachmittags-Ziehung.

268 329 751 929 1030 70 197 238 55 387 577 728 933 93 2094 123 215 865 489 3002 19 387 89 492 732 836 4037 165 98 2 7 62 71 76 389 96 439 524 5018 31 83 413 46 512 684 864 6081 216 36 56 393 713 828 924 7157 215 373 495 558 76 631 33 45 753 8027 29 93 247 354 (200) 83 417 50 606 878 918 72 88 9135 57 266 475 533 769 93 885 955

10209 422 667 829 41 81 99 941 11037 498 12028 106 50 77 823 405 627 40 62 804 54 965 13028 64 193 331 437 641 86 963 14034 52 57 135 241 45 317 19 412 625 92 746 924 15139 45 335 475 785 958 16206 (300) 337 529 645 61 94 739 61 17085 89 261 478 80 551 60 94 617 700 878 900 37 18146 205 438 530 49 846 19134 56 571 708 47

20046 75 112 84 476 560 63 79 645 821 934 21030 138 40 81 432 75 629 713 80 834 60 923 26 22088 89 138 83 324 (200) 682 88 886 23034 244 590 680 711 817 89 24036 68 153 413 69 749 822 99 25070 109 (200) 209 15 18 302 11 451 569 672 798 52 825 949 26007 126 659 736 45 806 27022 86 332 89 55 411 604 18 810 40 627 28164 230 61 427 67 503 914 20 24 32 29017 156 431 583 843

30006 (300) 85 108 237 342 419 510 28 40 50 718 936 66 71 31035 311 50 75 411 43 763 860 973 32340 83 434 89 763 885 33016 43 58 212 342 558 648 70 819 54 86 801 92 34102 272 73 381 564 79 627 62 83 819 35203 84 399 632 56 751 82 839 49 36519 663 39 66 800 6 990 37067 72 328 487 756 906 38017 59 215 85 353 412 27 74 86 584 746 884 39250 471 521 617 60 (200) 81 841 982

40074 111 20 358 545 75 708 36 932 99 41233 308 44 521 613 953 42069 237 38 425 89 915 42 43022 113 31 62 237 45 573 90 833 944 44435 48 662 845 (200) 989 45009 81 270 351 404 48 541 670 71 89 941 46001 17 141 74 229 72 335 50 92 639 726 807 47018 192 268 424 623 709 67 828 (200) 48039 247 379 517 779 901 12 82 49578 666 834 41

50282 390 401 503 (300) 52 678 98 738 57 804 90 938 51028 124 274 331 433 85 500 741 826 90 52187 223 466 83 547 615 914 53125 67 89 231 369 89 406 725 879 964 54285 145 727 956 55 07 46 59 75 109 55 69 202 310 880 927 56011 119 20 230 355 409 544 (300) 605 824 933 57002 131 242 65 800 522 65 605 751 74 87 826 58380 405 509 604 28 910 32 59190 407 24 512 615 84 701 931

60292 306 32 538 616 830 61030 161 426 (200) 688 936 62080 99 237 43 58 438 39 668 900 59 87 63163 517 69 727 829 (200) 84 64104 317 19 455 94 573 601 87 866 98 65048 210 76 333 631 37 766 85 65256 530 88 638 961 67030 176 322 415 505 621 69 72 68018 76 84 451 85 744 952 80 69013 168 69 92 248 335 37 45 543 638 86 831 33 77 954

70095 183 498 550 708 96 836 71045 244 45 841 92 447 69 812 (200) 919 72004 195 214 424 516 65 734 838 968 73187 313 404 500 10 88 699 719 848 938 45 68 74041 87 150 51 200 62 434 506 24 624 34 75239 66 75 602 25 724 87 812 964 76054 211 86 420 24 76 91 927 29 47 77055 121 224 500 623 43 55 90 744 57 893 78149 239 585 805 96 961 79072 85 148 233 80 90 345 679 721 28 91

80150 287 815 (200) 91 578 666 96 748 979 81158 68 220 51 492 754 82 842 (200) 78 82410 14 50 538 795 827 992 (500) 83014 153 64 422 42 750 70 858 84030 35 54 73 273 56 659 700 75 82 872 953 85074 195 540 743 895 86127 (200) 32 33 520 836 986 87013 93 104 30 86 296 351 97 571 662 786 825 92 944 88111 373 403 581 668 703 58 (200) 99 891 94 916 23 70 89163 269 79 307 51 71 606 19 857 (3000)

90006 74 412 15 28 59 461 710 911 91023 251 450 584 87 788 92193 490 550 618 36 80 776 837 99 926 93004 107 29 239 49 379 429 682 96 721 (200) 46 859 85 947 94023 35 97 (200) 313 22 628 (200) 701 24 30 991 95012 60 162 280 88 335 416 63 80 625 30 98 728 82 898 918 55 96002 174 203 8 24 35 468 762 877 941 81 95 97128 63 379 (200) 478 674 94 771 77 863 983 (300) 98035 63 65 201 425 660 748 49 62 806 54 99236 62 433 50 543 61 618 81 84 776 800 936

100035 116 588 668 101003 79 112 802 35 76 407 80 511 22 979 102106 35 99 335 36 75 892 958 67 103273 353 429 524 786 811 (200) 26 104056 159 (200) 286 311 474 655 59 (200) 718 30 993 105077 99 (1500) 793 887 106167 280 (500) 301 435 790 974 107045 77 88 220 39 302 20 80 421 84 534 54 841 108012 45 333 (300) 55 478 615 906 109040 110 255 374 79 518 643 934

110009 117 87 95 360 657 86 90 765 804 916 111281 483 663 749 804 23 70 910 82 112300 (200) 10 15 80 445 558 80 664 113003 58 105 209 16 320 71 783 909 98 114101 8 27 58 89 93 204 43 865 480 758 938 115100 259 562 603 10 30 98 803 116039 56 79 153 57 91 278 84 432 510 723 78 924 117318 629 818 118283 99 612 809 33 42 119067 210 29 68 823 46 481 683 747 854 937

120009 106 99 299 322 55 83 629 68 738 58 817 900 121291 854 90 422 519 122205 14 56 485 667 86 86 803 123026 295 46 (200) 352 515 668 701 19 80 873 921 98 124084 374 407 66 520 638 50 63 742 70 125024 81 151 97 290 97 448 554 627 932 126101 257 428 31 572 642 783 66 975 127054 144 82 86 256 549 783 128189 212 532 46 614 42 893 129054 93 264 710 868 99

130430 597 608 706 92 96 922 131288 463 527 94 612 (200) 82 732 79 90 956 89 132036 113 241 63 352 404 637 725 801 29 133487 872 959 134079 582 711 48 836 95 954 135064 92 391 411 518 91 92 638 709 (200) 136131 90 899 670 830 137017 537 880 84 968 (60 000) 138002 (200) 8 85 115 37 39 809 89 673 763 951 139079 86 121 27 57 570 665 66 802 57

140118 60 850 54 472 92 576 621 778 79 94 868 141128 246 415 550 60 623 780 956 142189 217 809 84 416 143123 93 493 660 (200) 732 144174 245 (300) 327 41 69 145229 497 531 645 909 49 146020 39 454 549 63 764 78 840 147136 94 (200) 224 59 331 401 51 606 818 958 148236 472 525 623 69 90 149219 23 246 58 370 599 646

150081 126 516 894 966 82 151058 186 324 513 23 616 99 992 152012 75 220 47 331 432 565 79 695 714 802 58 82 932 37 153027 99 104 284 344 401 48 94 97 568 88 618 21 708 38 816 991 154115 346 536 620 (200) 796 877 912 155042 769 808 23 76 997 156069 431 45 58 539 785 157045 63 113 246 381 458 525 30 643 73 841 82 158102 273 827 28 74 408 27 503 606 (30 000) 62 84 778 944 70 930 159077 110 549 562 698 723 49 53 90 866 969

160051 220 465 514 18 756 58 75 839 95 956 161131 39 362 765 880 981 162017 26 191 544 84 654 811 20 945 59 77 163208 377 (200) 506 94 164018 82 139 72 366 93 461 (200) 515 807 967 165246 550 696 166085 86 106 67 275 84 364 435 39 522 607 30 41 785 812 92 981 167152 496 552 88 631 60 78 701 841 82 922 168195 99 226 497 592 721 970 85 169584 613 764 85 877

170034 127 70 230 308 13 86 99 457 519 744 80 947 171077 104 83 529 64 662 76 943 172006 32 82 175 387 95 443 609 777 816 923 173193 419 617 30 748 65 68 846 (300) 59 174016 115 592 642 805 175001 11 58 158 250 93 327 583 714 85 886 910 176072 100 45 46 61 296 819 53 636 177093 272 317 70 443 702 830 902 178001 5 147 347 601 709 37 62 63 823 36 43 56 902 179010 37 65 155 277 473 501 25 838 94

180001 80 89 104 261 555 755 62 865 77 923 86 181134 49 98 821 665 714 50 91 964 182119 215 385 742 74 956 183031 57 74 254 483 697 980 184141 220 350 441 649 731 827 185137 292 91 389 504 186052 98 188 289 468 508 85 665 792 816 891 94 946 57 68 70 97 187208 12 465 511 78 614 71 826 916 188209 401 2 19 23 61 531 73 852 189107 27 47 319 81 555 681 782 90 844 70 89

190031 8400 (200) 588 98 883 191389 447 583 862 192237 528 73 679 81 845 47 193050 188 274 413 658 907 14 194003 27 67 387 660 67 800 29 58 195045 46 92 93 96 144 240 52 63 461 503 632 721 883 942 (500) 46 196054 236 511 61 74 647 716 807 11 197014 63 112 36 71 208 18 96 330 405 37 650 758 74 83 900 198120 232 363 406 46 91 704 904 85 199118 24 46 416 667 787

200045 98 285 322 (500) 570 618 996 201097 159 534 35 66 (200) 748 806 926 202388 436 92 613 16 782 805 203110 590 662 859 66 204144 268 92 389 628 85 745 205195 215 961 206095 318 87 524 28 764 828 207065 142 70 314 39 48 56 97 511 92 640 719 71 804 968 208105 72 81 580 (3000) 683 84 758 877 209073 91 123 84 698 738 64 89 946

210007 18 71 160 202 70 97 (200) 432 68 93 678 98 777 952 63 211077 199 225 366 417 533 54 695 938 212020 86 518 42 601 20 55 808 (200) 70 213057 169 376 454 664 779 819 941 214137 93 305 689 828 35 92 927 90 215003 82 228 38 310 24 427 436 (200) 569 84 731 44 812 923 216043 98 145 371 454 92 574 634 905 217017 173 343 532 868 (500) 15 953 218018 165 310 448 543 98 859 906 9 91 219241 323 25 448 66 86 812

220318 24 474 94 561 (200) 816 221093 147 302 95 450 597 648 881 919 57 222593 717 880 223079 107 69 224023 56 (200) 147 84 251 343 420 524 58 68 634 750 52 928 225098 197 218 50 313 463 (500) 81 576 93

Industrie, Handel, Börse.

4½ prozentige russische steuerfreie Bodenkredit-Pfandbriefe. Nach Petersburger Meldungen ist die Konvertirung obiger Pfandbriefe in nächster Zeit zu erwarten und zwar sollen sie in neue Staatsobligationen konvertirt werden. Für den Zinsfuss dieser an Stelle der Bodenkredit-Pfandbriefe auszugebenden Staatsobligationen ist der Zinsertrag als massgebend angenommen, den die 4prozentige russische Staatsrente abzüglich Steuer erbringt. Mit Rücksicht darauf, dass die zu konvertirenden Pfandbriefe zum grössten Teil ausserhalb Russlands placirt sind, werden indess steuerfreie Obligationen ausgegeben, deren Zinsfuss gleich auf 3,8 pCt. festgesetzt worden ist.

× **Neue rumänische Anleihe.** Die Direktion der Diskontogesellschaft und das Bankhaus S. Bleichröder stellten den Antrag auf Zulassung von 160 Millionen Francs 4proz. rumänischer Rente.

□ **Privatbank zu Gotha.** Nach dem Geschäftsbericht für 1897 beträgt der Gesammtgewinn nach Abzug von 19 128 M. Abschreibungen auf Neubauconto Weimar 414 017 M. gegen 407 476 M. Die Dividende ist auf 6½ pCt. (6½ pCt) festgesetzt.

ꝏ **Königsberger Maschinenfabrik A.-G.** Das Jahr 1897 ergab einen Bruttogewinn von 243 344 M. oder 113 019 M. mehr als im Vorjahre. Die Unkosten betrugen 226 193 M. oder 43 215 M. weniger. Der Nettogewinn stellt sich auf 28 673 M., von welchen 28 393 M. zu Abschreibungen verwendet und 280 M. auf neue Rechnung vorgetragen werden. Eine Dividende gelangt also nicht zur Verteilung. Die in das neue Geschäftsjahr übernommenen und seitdem hinzugekommenen Aufträge betragen ca. 379 000 M., und es sind Aussichten auf weitere Bestellungen vorhanden.

Konkurse.

Auswärts: Restehändlerin Marie Schulz in Augsburg. — Meiereibesitzer Paul Schillmann in Dt. Wilmersdorf. — Weisswaarenhändler Heinrich Georg Wilhelm Rippe in Vegesack. — Schlachtermeister Ernst Heinrich Carl Michaelis in Bremerhaven. — Kaufmann Carl August Gohr in Breslau. — Cigarrenfabrikant Franz Helfinger in Menzingen. — Kaufmann Christian Jürdens in Celle. — Tischler Heinrich Karl Vogel in Burkhardtsdorf. — Lina Zahn in Colmar. — Offene Handelsgesellschaft Philipp Vielmetter in Frankfurt a. M. — Firma Gustav Borsum in Hamburg. — Bäckermeister Hermann Gerhard Bunjes in Jever. — Fahrradhändler Karl Wienbreyer zu Magdeburg-Sudenburg. — Gasthofsbesitzer Paul Herzog in Delmschütz. — Schreinermeister Mathäus Lesle in München. — Schuhmachermeister Max Kleubescheidt zu Nieder-Möllern. — Bäckermeister Curt Mildner in Oelsnitz. — Kommandit-Gesellschaft E. Fochtenberger & Cie. in Todtnau. — Handlung Ed. Klebs Nachf. in Schwetz. — Messerschmied Benedict Babl in Rötz. — Schneidemühlenpächter Friedrich August Paul Reuther in Schönbrunn.

Letzte Nachrichten.

Wien, 21. März 1898. Im Einlauf des Abgeordnetenhauses befinden sich drei Anträge auf Versetzung des Grafen Badeni in den Anklagestand. Unter den Dringlichkeitsanträgen befindet sich ein Antrag auf Aufhebung der Sprachenverordnung, Erlaß eines Sprachengesetzes und Einsetzung eines Sprachenausschusses, der eventuell ein solches Gesetz ausarbeiten solle. Die Abgeordneten Funke, Groß und Genossen beantragen dringend die sofortige Aufhebung der Sprachenverordnung und die Einsetzung eines aus 48 Mitgliedern bestehenden Sprachenausschusses, der binnen drei Monaten ein Sprachengesetz ausarbeiten soll, in welchem unter Rücksichtnahme auf das tatsächliche Bedürfniß der einzelnen Königreiche und Länder als Norm genommen wird, daß die deutsche Sprache als Staatssprache gelten solle und daß der Gebrauch der landesüblichen Sprache für die einzelnen Königreiche und Länder durch Reichsgesetz zu regeln sei.

Wien, 21. März. Herrenhaus. Ministerpräsident Graf Thun stellt das neuernannte Ministerium vor und giebt sodann die gleiche programmatische Erklärung wie im Abgeordnetenhause ab und bittet schließlich, das Haus möge getreu seinen Traditionen die Regierung in ihren Arbeiten unterstützen. (Lebhafter Beifall.) Das Haus nimmt sodann die Wahlen in die Delegation sowie in die Quotendeputation und für die Kommissionen vor.

Paris, 21. März. Deputirtenkammer. Der sozialistische Deputirte Paschal Grousset bringt eine Interpellation über die Vorbereitungen beim Nord-Geschwader und über die äußere Politik ein. Auf Ersuchen des Ministers des Innern Barthou beschließt die Kammer, die Interpellation am Sonnabend zu beraten. Der Antrag auf Wiedereinführung des Listenskrutiniums wurde, nachdem der Minister des Innern Barthou gegen denselben gesprochen hatte, mit 355 gegen 174 Stimmen abgelehnt.

London, 21. März. Unterhaus. Der Erste Lord des Schatzes Balfour erklärt, er hoffe, daß die Osterferien in die Zeit vom 5. bis zum 18. April fallen werden; dies hänge jedoch von dem Fortgang der Geschäfte ab. Am Donnerstag werde die Bill betr. die griechische Anleihe eingebracht werden, welche vor den Osterferien erledigt sein müsse.

London, 21. März. Bei der Station Saint-John (London) fuhr heute bei Nebel der Schnellzug aus Hastings in einen ihm vorausgegangenen Zug aus Tunbridge. Von den Reisenden des letzteren Zuges wurden drei getötet und mehrere verletzt.

Kopenhagen, 21. März. Die Kaiserin-Wittwe von Russland ist heute Abend 8½ Uhr mittels Sonderzuges hier eingetroffen.

Athen, 21. März. (Deputirtenkammer.) Finanzminister Streit erklärt, die Regierung habe die Mitteilung erhalten, daß es den nach London gereisten Finanzdelegirten gelungen sei, die letzten Schwierigkeiten, die der Ausgabe der Anleihe noch entgegenstanden, zu beheben.

Frankfurt a. M., 21. März. Oestr. Kreditaktien 308⅝, Franzosen 293¾, Lombarden 79¼, Ungar. Goldrente 103,10, Gotthardbahn 147,70, Diskonto-Kommandit 206,60, Dresdner Bank 167,20, Berliner Handelsgesellschaft 171,80, Bochumer Gussstahl 205,50, Dortm. Union —,—, Harpener 177,50, Hibernia 190,50, Laurahütte 183,75.

Wien, 21. März, Nachmittags. (Schluss-Course.) Ungarische Kreditaktien 383,50. Oestr. Kreditaktien 364 25, Franzosen 340,60 Lombarden 79,50. Galizier —,—. Nordwestbahn 246,00. Elbethalbahn 260,00, Oestr. Papierrente 102,30. do. Goldrente 122,65. 5proz. ungar. Papierrente —,—. 4proz. ungar. Goldrente 121,70. Marknoten 58,73. Napoleons 9,53. Bankverein 272,00. Tabakaktien 133,00. Unionbank 300,50, Länderbank 221,25. Alpine Montan 152,60.

Paris, 21. März, Nachm. (Schluss-Course.) 3proz. Rente 103,32 3proz. Anleihe —,—. Italiener 93,85. Franzosen —,—. Lombarden —,—. Türken 21,55. Suezkanal-Aktien 3505. Ottomanbank 547,00.

London, 21. März. (Abendkurse.) Engl. 2¾proz. Konsols 111$^{15}/_{16}$. Preuss. 3½proz. Konsols, unkundb. bis 1905 —,—, Aegyptische 4proz. unifiz. Anleihe 107¾, Italiensche 4proz. Rente 92⅛, Mexik. 6proz. konsol. Anleihe von 1888 98½, Russ. 4proz. konv. Anleihe II. Serie 103¾, 1proz. konvertirte Türken Lit. D. 21⅛, Ungar. 4proz. Goldrente 102¼, Ottomanbankaktien 11¾, Kanada-Pacific-Aktien 84¾, Silber —,—

Hierzu Beiblatt.